

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Wissenschaft und Forschung

62. Sitzung
22. Februar 2021

Beginn: 08.35 Uhr
Schluss: 12.13 Uhr
Vorsitz: Martin Trefzer (AfD)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

Bericht des Senats

Siehe Inhaltsprotokoll.

Vorsitzender Martin Trefzer: Wir kommen zu

Punkt 3 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0129](#)
WissForsch
**Gleichstellung an den Berliner Hochschulen – Stand
zum Ende der vierten Förderperiode des Berliner
Chancengleichheitsprogramms und Blick auf die
besonderen Herausforderungen für
Wissenschaftlerinnen in der Pandemie**
(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die
Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

Hierzu: Anhörung

Als Anzuhörende über Webex begrüße ich Frau Dr. Sünne-Maria Andresen und Frau Dr. Ursula Fuhrich-Grubert von der Landeskonferenz der Frauenbeauftragten an Berliner Hochschulen – LaKoF – sowie Frau Prof. Dr. Sabine Hark – sie ist 1. Sprecherin der Arbeitsgemeinschaft der Frauen- und Geschlechterforschungseinrichtungen Berliner Hochschulen. Sie sind darauf hingewiesen worden, dass diese Sitzung live auf der Website des Abgeordnetenhauses gestreamt wird und auch eine Aufzeichnung auf der Website abzurufen sein wird. Ich gehe davon aus, dass Sie mit diesem Verfahren einverstanden sind, ansonsten würde ich Sie bitten, sich kurz über das Programm zu melden, wenn Sie dazu Fragen haben. Des Weiteren gehe ich davon, dass die Anfertigung eines Wortprotokolls gewünscht ist. – Da sehe ich Nicken, dann verfahren wir so. Ich frage, ob ein Vertreter der Koalitionsfraktionen den Besprechungsbedarf begründen möchte? – Frau Dr. Czyborra, bitte schön!

Dr. Ina Maria Czyborra (SPD): Vielen Dank! – Es ist mir eine besondere Freude, diesen Besprechungspunkt zu begründen. Ich habe die Karriere in diesem Haus mal als frauenpolitische Sprecherin begonnen, daher ist mir dieses Thema auch im Wissenschaftskontext besonders wichtig. Ich möchte – auch angesichts der Themen, die wir heute schon hatten – noch mal sagen: Gleichstellung ist nicht irgendwie ein Nice-to-have, es geht um nicht weniger als um die Durchsetzung verfassungsgemäßer Rechte. Es ist auch nicht irgendwie Bürokratie. Ich finde das sehr faszinierend, dass eigentlich immer, wenn es um Stellenbesetzungsverfahren geht, von bestimmter politischer Seite vorgetragen wird, dass man doch auf die Gleichstellung verzichten könne, dann ginge das alles viel schneller. Ich glaube, wenn man sich anschaut, mit welcher Leistungsfähigkeit und unter welchem Hochdruck unsere Frauengleichstellungsbeauftragten an den Hochschulen ihren Job machen, dann ist das wirklich ein vorgeschobenes Argument. Wie gesagt, es geht nicht um Bürokratie, es geht um ein ganz hohes Gut.

Berlin ist gut aufgestellt, Berlin hat einige Jahrzehnte Erfahrung mit Gleichstellungspolitik an den Hochschulen. Wir haben mit dem Berliner Chancengleichheitsprogramm für Frauen in den Wissenschaften ein gutes Instrument, dass wir auch immer wieder weiterentwickelt haben. Nichtsdestotrotz – das hat der Staatssekretär schon gesagt – verharren wir seit einiger Zeit auf einem 30-Prozent-Niveau und haben nach wie vor in allen Teilen unserer Gesellschaft widerständige Bereiche, in denen Gleichstellung nicht als besonders hochwertiges Ziel angesehen wird, und strukturelle Benachteiligung. Deswegen finden wir es besonders wichtig, diesen Bereich zu stärken und uns heute noch mal darüber zu informieren, wie der Stand ist,

auch unter Coronabedingungen. Was macht das mit Frauenkarrieren? Es ist schon eine ganze Menge gesagt worden, dass strukturelle Benachteiligung gerade Frauen wieder ganz besonders trifft. Insofern ist das auch ein wichtiger Aspekt. Wir freuen uns auf die Anhörung. – Vielen Dank!

Vorsitzender Martin Trefzer: Vielen Dank, Frau Dr. Czyborra! – Dann kommen wir zu den Stellungnahmen der Anzuhörenden. Wenn Sie sich nicht anders abgesprochen haben sollten, würde ich vorschlagen, dass Frau Andresen beginnt. – Ich erteile Ihnen das Wort!

Dr. Sünne-Maria Andresen (Landeskonferenz der Frauenbeauftragten an Berliner Hochschulen – LaKoF –) [zugeschaltet]: Guten Morgen! Wir möchten doch noch eine Änderung in der Reihenfolge vornehmen. Es sind zwei Teile, und meine Kollegin Frau Fuhrich-Grubert wird beginnen, und ich werde dann anschließen.

Vorsitzender Martin Trefzer: Okay, danke schön! – Frau Dr. Fuhrich-Grubert, bitte schön!

Dr. Ursula Fuhrich-Grubert (LaKoF) [zugeschaltet]: Vielen Dank! – Zunächst möchte ich mich ganz herzlich bei Frau Dr. Czyborra und auch beim Herrn Staatssekretär Krach mit Blick auf die Tatsache, dass Sie beide intensiv hervorgehoben haben, wie wichtig die Gleichstellung im Hochschulbereich ist und dass Gleichstellung auch ein Wettbewerbsvorteil bzw. ein deutliches Qualitätsmerkmal in der Wissenschaft ist, bedanken. Meine Aufgabe ist es aber, Ihnen zunächst einen Überblick über den Stand des Berliner Chancengleichheitsprogramm zum Ende der vierten Förderperiode zu verschaffen. Das BCP, so die Abkürzung des Programms, ist nach wie vor – da sind wir uns in der LaKoF absolut einig – eines der besten und umfassendsten Programme zur Überwindung struktureller Hemmnisse bei der Verwirklichung der Chancengleichheit für Frauen in Deutschland – ich würde vielleicht sogar ein Stück weiter gehen und fast in Europa sagen –, nicht zuletzt, weil die Förderschwerpunkte mit jeder Laufzeit konsequent an die aktuelle Situation angepasst wurden, und darüber hinaus bietet das BCP seit dem Jahre 2000 die Möglichkeit, im Rahmen des Programms die Vielfalt der Berliner Hochschulen exzellent zu berücksichtigen.

Ich komme zu den vergangenen vier Jahren: Die letzten Zahlen – das muss ich sagen – liegen zurzeit noch nicht vor, aber grundsätzlich darf ich sagen, dass das BCP in den letzten vier Jahren ein Erfolg gewesen ist, sowohl bezogen auf die Steigerung des Frauenanteils in Professuren – darauf komme ich gleich – als auch insbesondere bezogen auf die Anzahl der Berufungen von Frauen. Es hat sich gezeigt, und darauf sind Sie an der einen oder anderen Stelle schon eingegangen, dass sich der Frauenanteil bei Professuren in den Jahren 2016 bis 2019 tatsächlich nur um knapp 1 Prozent erhöht hat. Das ist noch immer eine Steigerung, aber eine deutliche langsamere als die Steigerung in den Jahren davor. Da lagen wir bei etwas über 2 Prozent.

Warum ist das so? – Wie wir aus der Fachliteratur wissen, stellt ein Drittel Frauenanteil eine Markierung da, und dieses Drittel haben die Berliner Hochschulen erreicht. Gefühlt ist die Gleichstellung mit 33 Prozent erreicht, und infolgedessen kommt es dazu, dass die tatsächliche Gleichstellung von 50 Prozent zunehmend schwerer zu erreichen ist. Das heißt, die Kurve der Steigerung wurde flacher, und es scheint, dass das Programm nicht mehr richtig wirke. Tatsächlich handelt es sich um ein Problem der Gläsernen Decke, weil bereits alles erreicht scheint, aber noch nicht erreicht ist.

Hinzukommt, dass der Trend im Berufungsgeschehen in eine andere Richtung zeigt. Schauen wir uns die Berufsquote von Frauen auf Professuren an den Berliner Hochschulen an: Sie lag in Berlin erstmals 2014 über 40 Prozent. Danach fiel sie zwar ab – und das hat auch etwas mit den Fächern zu tun, wo die Berufungen stattfinden –, seit 2017 lag sie aber erneut über 40 Prozent und erreichte 2019 sogar den Spitzensatz von 46 Prozent. Wir sehen also, die Berliner Hochschulen haben ein Interesse daran, Frauen zu berufen, und sie nehmen die Möglichkeit, über das Berliner Chancengleichheitsprogramm strukturelle Hindernisse durch zusätzliche Förderung und Förderanreize zu überwinden, wirklich wahr. Das zeigt sich unter anderem auch an der Vielzahl von Anträgen.

Damit komme ich kurz zu den Förderlinien des Berliner Chancengleichheitsprogramms. Der erste Förderschwerpunkt, die vorgezogenen Nachfolgeberufungen, ist von besonderer Bedeutung. 46 Anträge wurden in den letzten vier Jahren gestellt, davon wurde die Hälfte bewilligt. Diese Maßnahme ist extrem nachhaltig und zielt ganz direkt auf die Erhöhung des Frauenanteils in Berlin. Die befristeten W2-Professuren für Frauen – ein weiterer Förderschwerpunkt – wurden fast ebenso stark nachgefragt, wie die vorgezogenen Nachfolgeberufungen. Besagte W2-Professuren haben sich als ein probates Mittel erwiesen, um neben der Förderung von Frauen Innovationen in Lehre und Forschung auf den Weg zu bringen. Insbesondere die Schwerpunktsetzung der letzten Laufzeit, konkret bei der Geschlechterforschung, der Akademisierung von Gesundheitsberufen und in künstlerischen Fächern, hat dazu geführt, dass sie in zwei Richtungen deutlich Wirkung entfaltet haben: erstens als Mittel der Förderung von Professorinnen sowie zweitens zur Umsetzung und Stärkung bestimmter Fachgebiete an den Berliner Hochschulen. Darüber hinaus wurden die BCP-Mittel als länderbeidseitige Gegenfinanzierung für vorgezogene Nachfolgeberufungen aus dem Professorinnenprogramm des Bundes und der Länder zur Verfügung gestellt. Hier haben wir die gleichen Effekte zu verzeichnen, wie bei den BCP-genuinen vorgezogenen Nachfolgeberufungen.

Neu war die Förderung hochschulübergreifender innovativer Projekte in der letzten Laufzeit. Es gab hier einen bewilligten Antrag, er umfasste dreizehn Hochschulen und zielte auf das Thema der Digitalisierung für Förderung von Qualifikationsarbeiten in einem sehr breiten Fächerspektrum ab. Diese einzigartige Fördermaßnahme mit dem Titel DiGiTal hat nicht nur breite Resonanz erfahren, sondern es gab auch besondere Erfolge. Ich will Ihnen zwei Beispiele nennen: Die Postdoktorandin an der Humboldt-Universität, also meiner Heimatuniversität, Dr. Verónica Díez Díaz, wurde aus 400 Bewerberinnen aus über 17 Ländern für den Digital Female Leader Award 2018 ausgewählt. Das ist wirklich etwas Besonderes. Ein anderes Beispiel: Veronika Aumann, die im Programm an der Kunsthochschule Weissenhof gefördert wurde, erhielt am 1. April 2020 eine W3-Professur an der Staatlichen Akademie der Bildenden Künste Stuttgart.

Schließlich möchte ich noch kurz den fünften Förderschwerpunkt des Programms, die hochschuleigenen Maßnahmen betrachten. Hier können die Hochschulen sehr spezifische, ihren Bedürfnissen entsprechende, verschiedene Maßnahmen beantragen. Allerdings nur mit eigenen Mitteln als Co-Finanzierung, und wir reden von 40 Prozent Co-Finanzierung. An dieser Stelle möchte ich Ihnen kurz erläutern, welche Instrumente in der letzten Laufzeit für die einzelnen Hochschultypen von besonderer Bedeutung gewesen sind: Die Universitäten haben insbesondere W1-Professuren, Gastprofessuren und Qualifikationsstellen sowie innovative Projekte auf den Weg gebracht. Für die Kunsthochschulen waren Gastprofessuren und Lehr-

aufträge von großer Bedeutung und für die Hochschulen für angewandte Wissenschaft Qualifikationsstellen, Lehraufträge und wiederum innovative Projekte.

Fazit: Das Programm war in der letzten Laufzeit sehr erfolgreich. Dennoch ist die Parität weder in der Postdoc-Phase noch bei Professuren erreicht. Daher ist ein Weiterführen des BCP mit den bewährten Förderinstrumenten, die sowohl strukturell wie individuell wirken, von allergrößter Bedeutung. Konkret heißt das: Die gezielte Förderung von Professuren zur direkten und nachhaltigen Steigerung des Frauenanteils in allen Fächern ist weiterhin notwendig – vorgezogene Nachfolgeberufungen wie W2 auf Zeit. Das heißt: In all jenen Fächern, in denen eine Unterrepräsentanz ist, müssen diese Möglichkeiten so lange bestehen, bis 50 Prozent erreicht sind, wobei eine pauschale Definition von Unterrepräsentanz z. B. von 35 Prozent unseres Erachtens nicht zielführend ist, besonders vor dem Hintergrund, was ich vorhin mit der Gläsernen Decke und den gefühlten 33 Prozent: Wir haben alles erreicht –, geschildert habe.

Die Förderung von innovativen Professuren und Projekten ist ebenfalls weiterhin notwendig, um strukturelle Hindernisse für Frauen in spezifischen Forschungsfeldern zu überwinden und die Partizipation an Forschung sowohl für die Wissenschaftlerinnen als auch für die untersuchten Bereiche in genau diesem Sinne zu steuern. Nach wie vor ist aber auch die Förderung von weiblichen Nachwuchs in bestimmten Fächern im Predoc- wie im Postdoc-Bereich dringend notwendig. Damit gebe ich an meine Kollegin Sünne Andresen ab, die sich zum Thema Auswirkungen von Corona auf Wissenschaftlerinnen äußern wird. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Vorsitzender Martin Trefzer: Vielen Dank, Frau Dr. Fuhrich-Grubert! – Dann Frau Dr. Andresen bitte.

Dr. Sünne-Maria Andresen (LaKoF) [zugeschaltet]: Danke schön! – Auch ich bedanke mich für die Möglichkeit, hier sprechen zu können. Wie gesagt, meine Schwerpunkte sind die besonderen Herausforderungen für Wissenschaftlerinnen in der Pandemie. Das BCP hat auf das Problem sofort reagiert. Wir haben eine Verlängerung der Programmlaufzeit um sechs Monate bekommen. Das ist wirklich sehr positiv und hat ein Stück weit auf die Probleme reagiert.

Was sind die Probleme genau gewesen? – Wir wissen es wahrscheinlich alle: Mit dem Lockdown im März hieß es von jetzt auf gleich Umstellung der Forschung und Lehre auf 100 Prozent digital. Dazu kam, dass die Kitas und Schulen geschlossen waren. Die Kinder mussten zu Hause betreut und auch noch beschult werden. Die Folge war erst einmal eine Mehrbelastung für alle Lehrenden, aber eine Mehrfachbelastung extremer Art insbesondere für Eltern. Wie wir mittlerweile aus Studien wissen, lag hier die Hauptlast bei den Frauen, und zwar egal, welche Mitgliedergruppe wir anschauen – ob Professorin, Studentin oder auch Verwaltungskollegin. Die Frauen hatten die Aufgaben im Sorgebereich und im häuslichen Bereich mehrheitlich zu übernehmen. In der Wissenschaft ist schon von einem Gender-Care-Gap die Rede.

Wie sind die Einzelnen mit dieser Situation umgegangen? – Ganz kurz: Die meisten haben angefangen, die Arbeitszeit in den frühen Morgen, in den Abend und auch in die Nacht auszuweiten. Sie haben angefangen, zu priorisieren oder auch aufzuschieben, was nicht geht: zuerst Lehre und dann Forschung. Für viele hat die Pandemie ohnehin erschwert, die Forschung weiter treiben zu können – beschränkter Zugang zur Literatur, fehlende Forschungsreisen, fehlender wissenschaftlicher Austausch. Wir beobachten, dass in dem Maß, wie die

Wissenschaftlerinnen sehen, dass Arbeiten liegen bleiben und sie insbesondere mit der eigenen Qualifizierung, aber auch mit Forschung nicht vorankommen, Frust, psychische Belastungen und vor allen Dingen auch die Sorgen um die Zukunft wachsen.

Wie haben die Hochschulen in dieser Situation kurzfristig reagiert? – Aus der Perspektive der LaKoF würden wir in der Summe sagen, dass eigentlich unterstützt worden ist, wo es irgendwie möglich war: an erster Stelle natürlich technischer Support für das Homeoffice, aber auch didaktische Unterstützung für Onlinelehre, Entgegenkommen bei der Arbeitszeit, notfalls Sonderurlaub, Vertrauensarbeitszeit, dann auch Versuche, eine Kindernotbetreuung auf den Weg zu bringen. Das ist unter Infektionsschutzbedingungen sehr schwierig. Weiterhin ist das Problem: Der Druck war da, weil die Hochschulen und die Aufgaben am Laufen gehalten werden sollten und auch am Laufen gehalten worden sind. In dieser Situation wäre es wichtig gewesen, dass die Hochschulen die Möglichkeit gehabt hätten, die Lehrverpflichtung abzusenken. Das hätte eine Änderung der LVVO bedeutet, was offenbar so schnell nicht möglich war, und das hätte auch eine zusätzliche finanzielle Ausstattung der Hochschulen erfordert, um Ersatzlehre – ich sage das jetzt mal salopp – über Lehraufträge oder auch Gastprofessuren einkaufen zu können.

Was werden die längerfristigen Folgen für die Gleichstellung der Geschlechter dieser Situation in der Wissenschaft sein? – Es gibt erste Studien, die bereits von einem Gender-Publication-Gap sprechen. Sie weisen nämlich nach, dass Wissenschaftlerinnen in der Pandemiezeit weniger Paper zur Veröffentlichung eingereicht haben als in der Zeit vor Corona. Wer weiß, wie wichtig Publikationen für die Profilierung, das Sichtbarwerden, aber auch für den Aufstieg in der Wissenschaft sind, der weiß auch, dass dies ganz klar langfristig Folgen für die Gruppe der betroffenen Wissenschaftlerinnen im Wissenschaftsbetrieb haben wird.

Um hier gegenzusteuern, sind gezielte Maßnahmen auf verschiedenen Ebenen möglich – als Erstes auf politischer Ebene: Hier hat es schon den wichtigen Schritt gegeben, dass der Bund die Verlängerung der Befristungsdauer von Arbeitsverträgen im Wissenschaftszeitvertragsgesetz ermöglicht hat. Eine weitere wichtige Maßnahme der DFG, der Deutschen Forschungsgemeinschaft, war, dass sie ermöglichen, auf Antrag geförderte Projekte kostenneutral verlängern zu können. Damit sind wichtige Voraussetzungen geschaffen. Diese Optionen müssten aber auf alle Programmförderungen ausgedehnt werden. Die Hochschulen brauchen auch das Geld, um die Verlängerungen zu finanzieren – Stichwort kostenneutral bei der DFG. Für beides müssen die Landespolitik und die Hochschulen an den entsprechenden Stellen ihren Einfluss auf Landes- und Bundesebene geltend machen.

Was heißt das für die Hochschulen? Was ist dort in Zukunft oder auch in der nächsten Zukunft zu tun? – Ganz wichtig ist die Verlängerung von befristeten Arbeitsverträgen an Hochschulen für Wissenschaftlerinnen aller Qualifizierungsstufen – wir denken beim heutigen Stand um mindestens ein Jahr –, dann die Berücksichtigung der Auswirkungen der Coronapandemie bei der Evaluation von Juniorprofessuren und – das wird uns länger beschäftigen – die Berücksichtigung der Coronaphase bei der Bewertung von wissenschaftlichen Leistungen in zukünftigen Auswahl- und Berufungsverfahren. – Vielen Dank!

Vorsitzender Martin Trefzer: Vielen Dank, Frau Dr. Andresen! – Dann übergebe ich jetzt an Frau Prof. Dr. Hark. – Bitte schön!

Dr. Sabine Hark (1. Sprecherin Arbeitsgemeinschaft der Frauen- und Geschlechterforschungseinrichtungen Berliner Hochschulen) [zugeschaltet]: Vielen Dank auch meinerseits für die Einladung, heute hier kurz auszuführen! Meine beiden Vorrednerinnen haben das bereits sehr ausführlich getan hinsichtlich der Reichweite, der Chancen und Möglichkeiten, die das Berliner Chancengleichheitsprogramm bietet, und vor allem im zweiten Teil von Sünne Andresen zu den Herausforderungen, die die Coronapandemie für Wissenschaftlerinnen mit sich bringt.

Ich will kurz ein paar Stichworte zum Berliner Chancengleichheitsprogramm allgemein sagen und gewissermaßen damit auch die Erfolgchancen des Programms unterstreichen. Es ist ein sehr kleines Programm, gemessen am Haushalt für Wissenschaft im Land Berlin insgesamt. Wir bewegen uns hier deutlich im einstelligen Prozentbereich, und trotzdem hat das Programm sehr viel erreicht, auch wenn – da stimme ich meinen Vorrednerinnen und auch dem Staatssekretär deutlich zu – wir in den letzten zwei Jahren auch eine Stagnation haben. Man könnte gewissermaßen ein bisschen polemisch sagen, dass der R-Wert in der Berufungsquote und im Frauenanteil eben nicht exponentiell steigt, sondern dass wir im Bundesvergleich zwar auf einem hohen Niveau sind, aber dennoch stagnieren. Das können wir nur überwinden – auch dazu hat Frau Fuhrich-Grubert schon ausgeführt –, wenn wir in den Kulturen der Hochschulen etwas verändern, um nicht zuletzt diese Leaky Pipeline und diese gefühlte Gleichstellungsbarriere zu überwinden, die in der Tat – das belegen viele Studien in der Forschung – sehr deutlich zeigen, dass bei plus/minus einem Drittel für die Institution, für die Organisation, Gleichstellung erreicht scheint und auch ein Stück weit eine gegenteilige Dynamik einsetzt – nämlich die Vorstellung, jetzt müsste doch wieder etwas für die Männer getan werden.

Wir sehen neben der Stagnation aber auch, dass auf der einen Seite mehr Personen ins System hineingebracht werden – also mehr Promotionen –, auf der anderen Seite der Flaschenhals aber immer enger wird. Das Verhältnis zwischen ausgebildeten Personen, die für eine wissenschaftliche Karriere in Frage kommen, und den Chancen, tatsächlich eine wissenschaftliche Karriere einschlagen zu können, wird immer schlechter, weil der Zuwachs an promovierten Personen deutlich größer ist als der Zuwachs an Professuren. Nach wie vor – die Beschäftigungsbedingungen sind schon ein Thema gewesen – haben wir ein Wissenschaftssystem, das unterhalb der Professur eine dauerhafte Beschäftigung im Wissenschaftssystem fast nicht möglich macht. Die letzten Zahlen zur Beschäftigungssituation des sogenannten wissenschaftlichen Mittelbaus und des Nachwuchses sind: 92 Prozent der Hochschulangehörigen im wissenschaftlichen Bereich sind befristet beschäftigt, also unterhalb der Professur, im Bundesdurchschnitt mit Zweijahresverträgen. Darauf kann man keine Karriere gründen, darauf kann man nicht mal eine Existenz gründen, was dazu führt, dass wir viele Frauen verlieren, die sich diese Art von Prekarität und Unsicherheit in der Existenz nicht erlauben können und vielleicht auch nicht erlauben wollen – dazu hat Frau Andresen schon gesprochen. Das ist in der Pandemie noch mal besonders verschärft worden.

Ich spreche heute auch für die Geschlechterforschung, die dankenswerterweise immer ein Förderschwerpunkt im Berliner Chancengleichheitsprogramm gewesen ist, auch selbstredend – wenn ich gewissermaßen pro domo sprechen darf als Sprecherin der Einrichtungen der Berliner Geschlechterforschung an den Berliner Hochschulen – unverzichtbar. Wir sehen das auch nicht zuletzt deshalb, weil in den Programmlinien, die nicht explizit für Geschlechterforschung ausgeschrieben sind, dennoch ein großer Anteil der Anträge – ich bin auch Mitglied der Auswahlkommission des BCP – Geschlechterforschungsanträge sind: zum Beispiel das

sehr erfolgreiche Programm DiGiTal – Frau Fuhrich-Grubert hat davon gesprochen –, das als inhaltlichen Schwerpunkt die Digitalisierung hatte und hat und nicht explizit Geschlechterforschung.

Der größte Teil der Anträge sind Themen im Bereich der Gender Studies und der Geschlechterforschung, auch der intersektionalen Geschlechterforschung der Diversity Studies. Da gibt es nach wie vor einen großen Bedarf. Berlin ist da gut aufgestellt, aber auch hier gibt es deutlich Entwicklungsbedarf und im bundesweiten Vergleich sind andere Bundesländer durchaus – ich nenne hier vor allem Nordrhein-Westfalen – vielleicht noch besser aufgestellt als Berlin und haben bessere und weitergehende Instrumente entwickelt, um Geschlechterforschung verzahnt mit Gleichstellung voranzubringen. Wir brauchen in der Weiterführung noch mal ein gutes Überlegen, wie wir die Geschlechterforschungsprogrammlinien innerhalb des Programms stärken und auch ausbauen können. Vielleicht erst mal so weit von mir zu diesem Punkt.

Vorsitzender Martin Trefzer: Vielen Dank, Frau Prof. Dr. Hark! – Dann kommen wir jetzt zur Aussprache und zu den Fragen an die Anzuhörenden. Auf der Redeliste stehen in dieser Reihenfolge: Frau Dr. Czyborra, Frau Plonske, Herr Dr. Hausmann und Herr Schulze. – Zunächst Frau Dr. Czyborra, bitte!

Dr. Ina Maria Czyborra (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Das ist alles sehr viel, aber ich versuche, ein paar Punkte herauszugreifen. Zunächst mal muss man darauf hinweisen, dass es hier nicht nur um das individuelle Recht auf gleiche Chancen geht, sondern dass wir auch konstatieren müssen, dass uns mit der heutigen Verteilung von Chancen herausragende Wissenschaftlerinnen verloren gehen. Frauen, die als Wissenschaftlerinnen in der Forschung, aber auch in der Lehre Herausragendes leisten könnten und diese Chance nicht bekommen; das finde ich ganz wichtig. Wir verlieren alle, wenn es uns nicht gelingt, Gleichstellung voranzutreiben.

Jetzt zu ein paar konkreten Fragen – wir haben eben die Zahlen gehört: 46 vorgezogene Professuren wurden beantragt, die Hälfte davon bewilligt. Da würde mich insbesondere, auch unter den Aspekt, dass uns hier herausragende Frauen verloren gehen, interessieren: Die 23, die nicht bewilligt wurden – lag das auch an Qualitätskriterien oder hätten die alle gerne bewilligt werden können, wenn das Geld dafür ausgereicht hätte? Gab es noch andere Gründe, z. B. strukturelle Gründe, dass schon die Motivation, solche Instrumente überhaupt zu nutzen und zu beantragen, in den Fächern unterschiedlich verteilt ist – dazu komme ich noch –? Lag es am Geld oder an der Nichtbewilligungsfähigkeit, oder gab es noch andere Probleme, z. B. zu welchem Zeitpunkt der Laufzeit des BCP das beantragt wurde?

Dazu gehört, welche Fächer das nutzen und welche nicht. Gibt es hier eine große Diskrepanz, oder gibt es auch Hochschulen oder einzelne Fachbereiche und Fächer? Kann man eine Struktur feststellen, wer solchen Instrumenten eher nicht aufgeschlossen gegenübersteht? Wir hatten vorhin das Thema, dass Gleichstellung als Bürokratie angesehen wird. Mein Eindruck ist häufiger, dass Gleichstellung durch Bürokratie eher behindert wird und nicht selbst die Bürokratie darstellt. Die Frage ist: Brauchen wir z. B. auch eine bessere Vorbereitung, eine Hilfestellung, für die Mitglieder in Berufungskommissionen, um dort Entlastung, gerade für die Frauen, die dort arbeiten, zu schaffen, oder bessere Vorbereitungen und Schulungen, um die bürokratischen Verfahren, die einem Berufungsverfahren innewohnen, zu beschleunigen?

Also zum Thema: Kann man das auch schneller machen, wenn da mehr Unterstützung ist? – Das wäre auch noch eine interessante Frage.

Ich habe gehört, dass die W2-Professur auf Zeit, die eigentlich ein super Instrument ist, wie uns auch gerade dargestellt wurde, zum Teil nicht mehr genutzt wird. Gerüchteweise habe ich gehört, dass die FU das nicht mehr nutzen will. Ist das so? Warum ist das so? Wie können wir das im Zweifelsfall ändern? Müssen wir unsere Instrumente fachspezifischer ausrichten, also auf diese widerständigen Fachkulturen, die die Instrumente bislang nicht nutzen? Gibt es Ideen, wie wir das im Rahmen der Hochschulsteuerung besser hinbekommen? Wenn wir sagen, Gleichstellungsziele wurden nicht erreicht und damit die Hochschule insgesamt z. B. mit Abschlägen in Hochschulverträgen „bestrafen“, dann kommt das nicht unbedingt da an, wo das Problem am größten ist und wo das Nichterreichen der Ziele verursacht wurde.

Die LVVO krisenfest machen: Darüber müssen wir vielleicht nachdenken. Wir haben eben vom Gender-Publication-Gap gehört. In Bezug auf die digitale Forschung frage ich, ob wir auch so etwas wie einen Gender-Digital-Gap in dieser Richtung haben. Das heißt, das betrifft die Frauen in der Pandemie insgesamt. Wir haben tatsächlich den „Nerd“ als männlichen Informatiker mit IT-Kenntnissen und in den letzten Jahren schon in der Schulbildung immer das Problem gehabt, ob wir Mädchen ausreichend für diese Digitalfragen interessieren und ob wir sie da ausreichend abholen. Haben wir einen Gender-Digital-Gap? Ist das beforscht worden? Kann das BCP etwas dazu beitragen, dass der geschlossen wird? Ich glaube, das waren mal ausreichend Fragen von meiner Seite. Ich will den Kolleginnen und Kollegen noch etwas übriglassen. – Danke!

Vorsitzender Martin Trefzer: Vielen Dank! – Frau Plonske bitte!

Eva Marie Plonske (GRÜNE): Ja, das waren wirklich schon viele wunderbare Fragen, da kann ich viel weniger fragen, das ist eigentlich ganz gut. Auch von der Seite meiner Fraktion herzlichen Dank für die Vorstellung, was das BCP in den letzten Jahren schon erreicht hat. Ich glaube, da ist Berlin mit seiner Stellung, dass wir unter den Blinden die Einäugigen sind, was die Gleichstellung von Frauen in der Wissenschaft angeht, doch ein gutes Maß, zu sagen, da können wir noch mehr, wir wollen auch noch mehr, und wir wollen auch noch mal aufzeigen, wo in den nächsten Jahren durch die Herausforderungen, die durch die Pandemie entstanden sind, tatsächlich noch mal verstärkte Problemlagen sind. An den Punkt hätte ich noch einige Ergänzungen zu Frau Czyborras Fragen.

Eine Zahl, die in dem Bericht kam und die mir auch im Landesgleichstellungsbericht ins Auge gefallen ist, sind diese 46 Prozent Frauenanteil bei Neuberufungen. Wenn man sich das anschaut, dann denkt man: Naja, da kommt man nicht weiter –, da sind wir genau bei dieser Glass Ceiling, wo wir sagen: Wenn wir über diese 33 Prozent Frauenanteil hinauskommen wollen, dann müssen wir das steigern. Ganz dezidiert dazu ist die Frage: Welche Instrumente brauchen wir neu, wenn die, die wir im Moment anwenden, noch nicht so greifen, dass wir diesen Anteil gerade fachspezifisch steigern können. Wir haben Fächer, da ist der Frauenanteil sehr gut, und es gibt natürlich einige Fachbereiche, wo man sagt, naja, also da liegen wir deutlich unter den 46 Prozent. Gibt es weitere Instrumente, die Sie empfehlen würden, dass wir sie in das BCP aufnehmen, oder gibt es auch Bereiche – gerade mit Blick auf die neue BerIHG-Novelle –, wo wir sagen, da müssen wir auch mit anderen Strukturen nachschärfen?

Ich sehe es so, dass wir in dem Referentenentwurf schon sehr viel haben, das genau diese Fragestellung begünstigen soll. Ich gehe mal davon aus, dass auch die LaKoF eine Stellungnahme dazu verfassen wird. Tatsächlich noch mal mit dem Blick auf das Abmildern der Pandemiebedingungen, gerade für Wissenschaftlerinnen: Was sind die Instrumente, die da noch greifen müssen? Die LVVO mit einer Absenkung aufgrund der Krise auszustatten, finde ich eine hervorragende Idee. Da ist die Frage, an welcher Stelle setzt man z. B. das Geld ein? Ich glaube, das über das BCP zu regeln, wäre etwas zu viel. Da müsste man wahrscheinlich an die Hochschulverträge gehen oder in ein Zwischenprogramm. Was wäre da denkbar?

Der Gender-Publication-Gap wird viel zitiert, und ich denke, er ist deutlich spürbar. Die Frage ist – das ist etwas, wo wir als Gesetzgeber und das Haus wenig Einfluss darauf haben –, was man an dieser Stelle von uns aus tun kann, was für Hebel wir einsetzen sollten, damit in der Wissenschaftslandschaft – da rede ich auch von den einzelnen Communities, die das sehr unterschiedlich handhaben – dieser Kulturwandel, der eigentlich notwendig ist, und auch die Sensibilität für die Situation von Wissenschaftlerinnen mit Care-Bedarf, mit dem Gender-Care-Gap, in den nächsten Jahren berücksichtigt wird. Ich glaube, da reden wir nicht nur von einem Jahr oder von zwei, da reden wir wahrscheinlich eher von zehn Jahren, in denen sich das in den Karrieren niederschlagen wird.

Wenn wir wie wir Grüne tatsächlich ernst nehmen, dass wir die 50 Prozent Frauenanteil in allen Bereichen erreichen wollen, was würden Sie dann an weiteren Maßnahmen in den nächsten Jahren spezifisch im BCP vorschlagen? Reichen die Mittel, die Sie da haben? Müssen wir eigentlich noch ausbauen, oder welche weitere Unterstützung wünschen Sie sich vom Abgeordnetenhaus?

Vorsitzender Martin Trefzer: Vielen Dank, Frau Plonske! – Herr Dr. Hausmann, bitte!

Dr. Hans-Christian Hausmann (CDU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Auch von Seiten der CDU vielen Dank für Ihre Ausführungen! Konkret habe ich drei Fragen – ich glaube, die wurden teilweise auch schon angesprochen, ich würde sie trotzdem noch mal zur Verdeutlichung stellen: Gibt es Fächer, in denen die Effekte wenig sichtbar sind, und wenn ja, welche wären das überhaupt? Brauchen wir auch weitergehende Maßnahmen im BCP zur Zweckerreichung, oder sehen Sie sogar bestehende Maßnahmen als wenig geeignet an? Da fehlt mir noch ein bisschen die kritische Auseinandersetzung. Das Programm ist auch sehr substanzvoll: Würden wir hier mit einem Mehr an Substanz auch ein Mehr an Effekten erreichen, oder ist dieses Ziel doch überwiegend mit einer Verlängerung der Laufzeit zu erreichen? – Danke sehr!

Vorsitzender Martin Trefzer: Vielen Dank, Herr Dr. Hausmann! – Herr Schulze, bitte!

Tobias Schulze (LINKE): Danke schön auch von meiner Seite! Ich habe nicht mehr viel hinzuzufügen. Ein Aspekt ist mir noch ganz wichtig, der ist jetzt schon mehrfach angesprochen worden – gerade auch an die Kritiker dieser forcierten Gleichstellungspolitik, die wir leider immer noch haben –, dass es hier nicht nur um individuelle Gerechtigkeitsfragen geht, sondern es geht um Qualitätsfragen. Eine diverse Wissenschaft und gerade eine geschlechterdiverse und gleichgestellte Wissenschaft ist die bessere Wissenschaft. Es gibt genug Studien, um das zu belegen. Wenn man sich anschaut – gerade in der Coronapandemie –, was die Herren der Schöpfung auf den Professorenstühlen zum Teil so von sich geben, dann scheint es

mit der Bestenauslese auch nicht immer geklappt zu haben. Insofern glaube ich, haben wir schon noch ein bisschen Weg vor uns, um die Wissenschaft auch in der Qualität zu verbessern, und da gehört Gleichstellung auf jeden Fall dazu.

Ich danke auch noch mal für den Hinweis von Frau Prof. Hark darauf, dass wir insbesondere beim Thema Befristungen in der Wissenschaft schon einen Bias in der Beschäftigung haben und dass viele Frauen aus nachvollziehbaren Gründen nicht bereit sind, sich auf so einen Huserenritt mit befristeten Dauerkettenverträgen einzulassen. Das kann man ihnen nicht verdenken. Ich glaube, wenn man die Wissenschaft besser machen will, dann müssen wir genau an dieser Stelle ansetzen. Wir sprachen heute schon zum BerlHG, darum wird es im neuen Hochschulgesetz auch gehen. Wir brauchen für Menschen, die keine Lebenszeitprofessur haben und auch keine bekommen, vernünftige Beschäftigungsbedingungen, weil sie häufig in jüngeren Jahren in der innovativsten und leistungsfähigsten Periode ihres Lebens sind und sie ausgerechnet in dieser Periode mit Zweijahresverträgen abzuspeisen, wird uns auch im internationalen Maßstab nicht nach vorne bringen.

Ich hätte erstens eine Frage zum Thema der DFG-Projekte: Die DFG hat die zwar verlängert, gibt aber kein zusätzliches Geld dafür aus. Meine Frage an die Anzuhörenden wäre, was Berlin da tun kann, um das auszugleichen, und um hier keine Nachteile entstehen zu lassen. Es geht nicht nur um die DFG, es geht um Drittmittelprojekte. Die zweite Frage an Sie alle – Frau Prof. Hark sprach davon, dass Nordrhein-Westfalen in der Gleichstellungsförderung inzwischen etwas besser sei als Berlin –: Vielleicht können Sie noch mal konkret sagen, was die dort vernünftig machen, damit wir davon auch etwas lernen können.

An den Senat wäre noch die Frage gerichtet, wie es mit der Finanzierung in den nächsten Jahren aus Sicht des Senats aussieht. Sind wir da gut aufgestellt oder brauchen wir mehr? Das spielt auch eine Rolle für die nächsten Haushalte. – Danke schön!

Vorsitzender Martin Trefzer: Vielen Dank! – Dann kommen wir jetzt zu den Antworten zunächst der Anzuhörenden und dann des Senats. Frau Dr. Fuhrich-Grubert, wollen Sie wieder den Aufschlag machen? – Bitte schön!

Dr. Ursula Fuhrich-Grubert (LaKoF) [zugeschaltet]: Sehr gerne! – Erst einmal herzlichen Dank für die Fülle an Fragen! Ich würde mich jetzt – aufgrund der Tatsache worüber ich geredet habe – auf das Berliner Chancengleichheitsprogramm und die zugehörigen Fragen beschränken und das andere gerne meinen beiden Kolleginnen überlassen.

Frau Czyborra, Sie fragten, woran es lag, dass von den 46 Anträgen der vorgezogenen Nachfolgeberufungen nur 23 bewilligt wurden. Ich würde schon sagen, dass es am Geld lag. Nicht ausschließlich, aber doch zum größten Teil. Es gab eine ganze Reihe von Anträgen, die auf der Warteliste waren. Wenn man weiß – ich bin auch in der Auswahlkommission, vielleicht sollte ich das an dieser Stelle noch mal unterstreichen –, wie viel Geld vorhanden ist, ist es üblich, dass man sich dann nach dieser Decke streckt, dann guckt man dann noch mal mit extremer Angespanntheit auf die Anträge und siebt aus. Teilweise siebt man mit ganz schlechtem Gewissen aus. Ja, mehr Geld ist sicherlich wichtig und wäre notwendig, insbesondere im Bereich vorgezogener Nachfolgeberufungen.

Zweiter Punkt – Laufzeit: Ja, auch ein ganz wichtiges Thema. Dazu hat die LaKoF auch schon ausführlich Stellung genommen. Das Problem, das wir haben, ist, wenn das Programm nur noch zwei Jahre läuft, dass dann viele Hochschulen gar keine Anträge mehr stellen. Das soll jetzt, soviel ich weiß – ich kenne den neuen Entwurf der Rahmenrichtlinie –, ausgeglichen werden, indem das verlängert wird, aber die LaKoF hat die ganze Zeit darauf hingewiesen – wir hatten auf zehn Jahre plädiert –, dass das doch von großer Bedeutung ist.

Welche Fächer sind es, die Anträge stellen, und welche nicht so sehr? – Frau Hark hat schon darauf hingewiesen. Die Fächer, die die Geschlechterforschung mit in die Denomination nehmen, sind schon sehr besonders, und da gibt es viele Anträge. Weniger Anträge gibt es – das muss man einfach mal deutlich sagen – aus den MINT-Fächern. Ich kann auch aus meiner eigenen Hochschule berichten, dass es für meine dezentralen Kolleginnen – und oft sind es die, die darauf hinwirken – nicht einfach ist, MINT-Fächer davon zu überzeugen, dass sie entsprechende Anträge stellen.

Was kann man dagegen tun? – Eine Idee, die wir auch vorgetragen haben und die ich auch weiterhin intensiv unterstützen möchte, ist die Tatsache, dass gerade in den MINT-Fächern gute Frauen teuer sind, um es mal ganz knapp auszudrücken. Das heißt, es braucht Geld, um diese Frauen, die in der Regel nicht nur von einer Hochschule begehrt sind, auch wirklich an die Berliner Hochschulen zu holen und dementsprechend auch noch mal die Qualität in der Wissenschaft in Berlin zu steigern. Da macht es Sinn, wenn entsprechende Mittel im Berliner Chancengleichheitsprogramm zur Verfügung stehen.

Die nächste Frage – Weiterbildung der Berufungskommission –: Ja! Das ist ein ganz wichtiges Thema, aber mit Verlaub, nicht nur für die Frauen, sondern für alle Berufungskommissionsmitglieder. Ich denke mal, wenn es da eine Sensibilisierung mit Blick auf die Gleichstellung gibt – teilweise gibt es die, aber da ist es notwendig, dass entsprechende Fortbildungsmaßnahmen flächendeckend stattfinden –, dann wird noch mal ein Stück zur Veränderung beigetragen.

W2 auf Zeit an der Freien Universität: Ich muss gestehen, das ist mir nicht bekannt, dass da so etwas im Schwang ist. Ich komme von der Humboldt-Universität, vielleicht liegt es daran.

Ich hatte gesagt, dass ich zu den Themenkomplexen Pandemie und Gender-Publication-Gap etc. jetzt nichts sagen möchte, aber ich würde gerne noch ein Wort zu Frau Plonske sagen. Sie haben gesagt, was wir uns gegebenenfalls wünschen würden – ich habe es gerade schon gesagt: Ganz klar, wir hätten gerne mehr Geld. Das ist der Wunsch an das Abgeordnetenhaus. Das ist das Erste. Das Zweite ist – darauf habe ich in meinem Vortrag auch ausdrücklich hingewiesen –, dass es aus unserer Perspektive keinen Sinn macht, bei den vorgezogenen Nachfolgeberufungen Quoten einzuführen. Ich will sagen, nur bis 35 Prozent gibt es überhaupt die Möglichkeit, Anträge zu stellen. Wenn wir wirklich erreichen wollen, auf 50 Prozent Frauen auf Professuren zu kommen, dann dürfen wir nicht nur die Fächer anschauen, die sowieso schon Schwierigkeiten machen, Anträge zu stellen, sondern wir müssen uns auch an die Fächer wenden, die bereit sind, das zu tun. Das sind in der Regel eher die Geistes- und Sozialwissenschaften und nicht zuletzt auch die Geschlechterforschung.

Gibt es Fächer, die eher nicht bereit sind, Anträge zu stellen? – Das habe ich schon gesagt: Ingenieurwissenschaften und Informatik sind eher Problemfelder, wenn man das so sagen möchte.

Last but not least: Ich denke, ich würde NRW – da wird mich jetzt vielleicht Frau Hark korrigieren – noch nicht als besser im Blick auf Gleichstellung sehen. Die Zahlen sind, glaube ich, nicht besser als in Berlin, aber besser mit Blick auf die Geschlechterforschung. Da würde ich denken, dass das in der Förderung von Geschlechterforschung durchaus sein könnte. – Vielen Dank!

Vorsitzender Martin Trefzer: Vielen Dank, Frau Dr. Fuhrich-Grubert! – Dann kommt jetzt Frau Dr. Andresen.

Dr. Sünne-Maria Andresen (LaKoF) [zugeschaltet]: Danke schön! – Viele Fragen, vielleicht noch eine kleine Ergänzung, weil Frau Fuhrich-Grubert gesagt hat, dass die Anträge nur schleppend aus den MINT-Fächern kommen. Ich komme von der HTW Berlin, ich kann das eigentlich für meine Hochschule nicht bestätigen. Das Problem ist einfach, dass wir teilweise

große Schwierigkeiten haben, bewilligte Anträge und Professuren tatsächlich umzusetzen, weil es teilweise leider immer noch an den Bewerbungen von Frauen mangelt. Eine Frage war: Wären auch noch andere Instrumente denkbar, als die, die wir schon haben? – Da würde ich ja sagen. Wir überlegen schon lange an etwas, das wir als „Entwicklungsprofessur“ bezeichnen, weil es inzwischen auch qualifizierte Frauen gibt, die nachwachsen, aber manchmal fehlt noch das, was für die Fachhochschulen relevant ist: entweder die Erfahrung in der praktischen Anwendung der wissenschaftlichen Erkenntnisse oder die Promotion. Da hätten wir gerne ein Instrument, in dem auf einer Stelle Wissenschaftlerinnen dann das eine oder das andere nachholen können und dann in eine unbefristete Professur reinwachsen.

Zu anderen Fragen, die noch mal das Thema Pandemie und die Folgen betreffen – eine Frage war das Thema Gender-Publication-Gap: Ja, ich glaube, das wird uns sehr lange beschäftigen. Natürlich ist die Frage, was eigentlich die Politik tun kann, um hier zu steuern. Ich glaube, an erster Stelle sind die Wissenschaften und die wissenschaftlichen Communitys gefordert. Ich versuche in meiner Hochschule bei Berufungsverfahren auch stark zu machen, dass es nicht nur nach Quantität gehen kann, sondern bei Publikationen bitte schön auch nach Qualität. Die DFG hatte mal die Idee, dass nicht alle Publikationen eingereicht werden, sondern nur die sieben wichtigsten. Das ist immer noch nicht Praxis, aber ich glaube, dass das ein guter Ansatz wäre.

Dann das Thema der Drittmittelförderung: Das ist schwierig, darauf hat die Politik auch nur bedingt Einfluss. Es gibt aber die Kultusministerkonferenz etc. Eigentlich kann da nur die Empfehlung sein, das, wo immer es einen Ort gibt, auch anzusprechen, dass es da ein Problem durch dieses quasi „auf Pause schalten“ durch die Pandemie gibt und dass das berücksichtigt werden muss.

Ein wirklich gutes Instrument – und da ist Berlin seit einigen Jahren Vorreiter – ist das Thema, mehr entfristete Arbeitsverhältnisse auch in der Wissenschaft zu haben. Wenn ich da noch mal auf die Fachhochschulen kommen darf: Es gab im laufenden Hochschulvertrag die Möglichkeit, einen wissenschaftlichen Mittelbau aufzubauen, und es wird Berichte aus den Hochschulen geben, wie diese Stellen in den Hochschulen besetzt worden sind. Da gab es die Auflage, dass ein Drittel dieser Stellen unbefristet zu besetzen sind. Es wäre sicher eine Unterstützung, wenn noch mal genau hingeschaut würde, wie denn die Besetzung dieser Stellung unter dem Geschlechteraspekt ausgefallen ist, also auf der Ebene des Berichtseinforderns noch mal zu prüfen, wie das umgesetzt worden ist.

Zur Laufzeit hat meine Kollegin schon etwas gesagt. Das kann ich auf jeden Fall noch mal unterstützen. Es ist einfach so, dass einerseits in den letzten zwei Jahren der Laufzeit des Programms eigentlich keine Anträge auf VNBs mehr gestellt werden, weil das nicht mehr umsetzbar ist, während andererseits ich aus meiner Hochschule schon jetzt mehrfach Anfragen bekommen habe, wann man denn endlich Anträge stellen kann. Da wäre es wünschenswert gewesen, entweder eine längere Laufzeit oder direkt im Anschluss an das ausgelaufene alte Programm das neue zu haben.

Ein anderes Thema war der Gender-Digital-Gap: Meine Beobachtung ist, dass das, was die Anforderung bei der Lehre war – sofort auf digital umzuschalten – Frauen auf dieser Ebene schon genauso gut bewältigen wie Männer. Das gehört offenbar schon vielfach inzwischen auch zu den Kernkompetenzen. Was die Forschung zu diesen Bereichen angeht: Das wissen

wir, dass Frauen dort deutlich unterrepräsentiert sind. Deshalb gab es auch dieses hochschulübergreifende Programm Digitalisierung mit den dreizehn Hochschulen und vielen Stellen, in denen sich Frauen speziell in diesem Bereich qualifizieren können. Das muss fortgesetzt werden, im Idealfall auch aufgestockt und möglicherweise verbunden werden mit anderen Programmen im Land Berlin, in denen es um Digitalisierung geht. – So weit erst mal von meiner Seite. Danke schön!

Vorsitzender Martin Trefzer: Vielen Dank, Frau Andresen! – Dann übergebe ich jetzt an Frau Prof. Dr. Hark. – Bitte schön!

Dr. Sabine Hark (1. Sprecherin Arbeitsgemeinschaft der Frauen- und Geschlechterforschungseinrichtungen Berliner Hochschulen) [zugeschaltet]: Ich will versuchen, ganz kurz und knapp noch mal zu ein paar Punkten Stellung zu nehmen: Befristung hatten wir als Thema schon mehrfach. Aus meiner persönlichen Sicht würde ich sagen, dass eine Verbesserung in den Beschäftigungsverhältnissen hinsichtlich zu weniger befristeten Stellen und mehr entfristeten Stellen schon ein wichtiger Weg wäre, um die Frauen in der Wissenschaft zu halten. Ich habe es vorhin eingangs gesagt, dass das eine große Hürde ist. Ich denke, viele von uns machen die Erfahrung: Man betritt einen Raum für irgendein beliebiges Gremium oder eine Kommission und man hat auf dem ersten Blick den Eindruck: Ja, hier sind ja viele Frauen! –, und der zweite Blick offenbart dann, dass diese vielen Frauen sehr oft diejenigen sind, die in den Wissenschaftsmanagementpositionen, als Referentin, in den Präsidien etc. arbeiten und nicht die Wissenschaftlerinnen sind, weil es dort eher unbefristete Stellen gibt.

Das heißt in Tat und Wahrheit, dass wir wissenschaftliches Potenzial verlieren, dass wir Expertise verlieren, Frau Czyborra hat schon darauf hingewiesen. Das ist oft ein Argument: Wir brauchen die Befristung, weil nur so ist Innovation in der Wissenschaft möglich. – Ich halte das für eine der größten Mythen im deutschen Wissenschaftssystem, dass Innovation nur unter prekären Beschäftigungsbedingungen erreicht werden kann. Da brauchen wir dringend eine Verbesserung. In Bezug auf das BCP würde das für mich zum Beispiel heißen, dass wir noch mal stärker darüber nachdenken, ob es Förderlinien gibt, in denen wir beispielsweise irgendeine Art von Tenure Track einrichten – bei den Juniorprofessuren haben wir das schon, die FU macht das mit ihrem Juniorprofessorinnenpool, dass auch ein hoher Anteil mit Tenure Track versehen ist –, dass wir das vielleicht auf die zeitbefristete W2-Förderlinie ausweiten können.

Ein anderer Punkt – das habe ich eingangs auch schon gesagt – ist, dass das BCP ein kleines Programm ist. Mehr Geld – das haben meine beiden Vorrednerinnen angesprochen – wäre schon mal hilfreich. Eine längere Laufzeit ist auf jeden Fall hilfreich – Frau Andresen hat es gerade schon gesagt, und das ist auch meine Erfahrung in der Kommission: Die langfristigen Förderlinien VNB sind auch die, die in der Umsetzung viel Zeit brauchen. Der Herr Staatssekretär hat eingangs davon gesprochen, dass die Berufungsverfahren beschleunigt werden müssten. Das sehe ich als Hochschullehrerin auch so. Das führt dann dazu, dass das BCP da auch nicht so erfolgreich wirken kann, wie es könnte, wenn die Laufzeiten für das Programm längere wären – auf jeden Fall deutlich über zwei Jahre. Die zehn Jahre, die von der LaKoF vorgeschlagen wurden, würde ich aus Sicht der Arbeitsgemeinschaft der Frauen- und Geschlechterforschungseinrichtungen auch unterstützen.

Dennoch, wie gesagt, kann das BCP nicht alles leisten. Es gibt andere Instrumente, die beispielsweise für die Novelle des Hochschulgesetzes vorgeschlagen sind, über die eingangs der Sitzung schon gesprochen wurde: Stärkung von Gleichstellung, stärkere Erhöhung des Frauenanteils in Berufungskommissionen usw. Man könnte noch überlegen, ob das BCP stärker mit den anderen landespolitischen Initiativen und Maßnahmen für Gleichstellung verzahnt wird oder dass das BCP gewissermaßen zu einer Art Landesstabsstelle ausgebaut wird, die die unterschiedlichen Maßnahmen noch mal bündelt und besser koordiniert.

Ein Beispiel ist der höhere Frauenanteil in Berufungskommissionen: Das ist auf jeden Fall richtig und wichtig. In der TU diskutieren wir das seit sehr langem, und dagegen gibt es einen großen Widerstand der Kolleginnen. Solange der Frauenanteilen in den Professuren niedriger ist, heißt das, dass die Verfechtung, mehr Frauen in die Kommissionen zu schicken, diese zahlenmäßig weniger Frauen stärker mit Kommissionsarbeit belastet. Da braucht man auch kluge Modelle, um das irgendwie zu kompensieren, die aus meiner Sicht noch nicht gefunden sind.

Stichwort Kulturwandel: Mehr Frauen in Kommissionen alleine wird es auch nicht richten, wenn wir es nicht schaffen, mehr Wissen – sage ich mal – in die Routinen der Institutionen hinzubringen: mehr Wissen um Gleichstellung, mehr Wissen um Diversität in die Beratungsroutinen hineinzubringen, wie Leistungen zu bewerten sind – vom Publication-Gap war schon mehrfach die Rede. Es gibt international andere Länder, die das ganz anders machen, beispielsweise Kanada. Da darf überhaupt niemand für eine der nationalen Fördereinrichtungen begutachten, der oder die nicht ein Anti-Bias-Training absolviert hat, der oder die nicht darin geschult wurde, zu erkennen, wie sich geschlechtlich codierte Bewertungen von Leistungen in dem wie rekrutiert wird, wie Förderanträge und Bewerbungen bewertet werden etc. niederschlagen. Da haben wir kulturell noch viel zu tun. Das kann nicht alles über das BPC geleistet werden, aber man könnte, wie gesagt, darüber nachdenken, was die Möglichkeiten wären, die verschiedenen Maßnahmen besser miteinander zu verzahnen.

Der letzte Punkt ist in Bezug auf das, was ich zu NRW gesagt habe: Das meinte ich tatsächlich bezogen auf die Geschlechterforschung. Dort gelingt es mit dem schon seit langem institutionalisierten Netzwerk der Geschlechterforschungsprofessuren, mit einer sehr gut ausgebauten Geschäftsstelle, die die Arbeit koordiniert, sehr viel besser, beispielsweise die Professuren zu erhalten. Wir haben in der Geschlechterforschung das große Problem, dass mit dem Ausscheiden der Inhaberinnen von Professuren die Hochschulen das oft als Gelegenheit nutzen, die Denomination zu verändern und im schlimmsten Fall sogar die Geschlechterforschung ganz aus der Denomination herauszunehmen. Da ist aus meiner Sicht NRW tatsächlich deutlich besser aufgestellt und der politische Wille, das auch langfristig in der Struktur zu halten, ausgeprägter. Da kann man sicherlich noch mal auch für Berlin schauen, wie das aussehen kann. Ich nenne als Beispiel nur die HWR wo es nicht gelungen ist, die denominierten Professuren in dem Maße zu erhalten, wie sie besetzt waren. – So weit von mir zu diesem Thema.

Vorsitzender Martin Trefzer: Vielen Dank, Frau Prof. Dr. Hark! – Dann kommen wir zu den Antworten des Senats. – Herr Krach, bitte!

Staatssekretär Steffen Krach (SKzl): Ganz herzlichen Dank! – Über die Bedeutung des Chancengleichheitsprogramms wurde schon viel gesagt, und ich glaube, dass das ein absolu-

tes Erfolgsprojekt ist, dass es dazu beigetragen hat, dass wir mit den rund 33, 34 Prozent an der Spitze sind, was die Anzahl der Professorinnen angeht. Es wurde aber heute schon das eine oder andere Mal gesagt, dass wir schauen müssen, dass wir dort nicht stecken bleiben. Diese 33, 34 Prozent haben wir seit einigen Jahren. Wir haben bei den Neuberufungen eine Quote von fast 46 Prozent, teilweise in Richtung 50 Prozent, trotzdem bekommen wir nicht diesen Schwung hin. Deswegen müssen wir schauen, wie wir da vorankommen. Ich habe das im Zusammenhang mit dem Hochschulgesetz schon gesagt: Ich glaube schon, dass wir die Rolle der Frauenbeauftragten, der Gleichstellungsbeauftragten stärken können, dass wir die Berufungskommission dementsprechend auch stärken müssen, um in diesen Strukturen tatsächlich eine Veränderung vorzunehmen und zu schauen, wie wir das verändern und verbessern können.

Bezüglich der Finanzierung wurde gefragt, inwiefern das feststeht. Die 3,8 Millionen Euro sind weiterhin vorgesehen, die Laufzeit wurde von den Vertreterinnen der LaKoF und von Frau Hark auch angemerkt. Ich hätte mir durchaus auch eine längere Laufzeit vorstellen können, aber die Einigung ist, dass es jetzt eine Laufzeit von sechs Jahren gibt. Man muss auch mal sagen, dass sechs Jahre länger sind als der Hochschulvertrag. Ich finde, dass das eine Laufzeit ist, mit der alle Seiten gut leben können.

Was die Finanzierung angeht: Es wurde gerade gesagt, dass das ein kleines Programm ist. Ich finde 3,8 Millionen Euro pro Jahr ehrlich gesagt nicht so klein. Zumindest kenne ich in diesem Bereich kein anderes Land, das so stark zusätzliche Mittel bereitstellt, um das gezielt zu fördern, und das war auch erfolgreich. Natürlich – auch da kein Widerspruch: Mehr Geld ist häufig sinnvoll. Häufig ist es so, dass es natürlich wünschenswert wäre, wenn man auch noch mehr Geld zur Verfügung stehen hätte. Wir haben mit diesen 3,8 Millionen Euro in den nächsten Jahren geplant, die sind auch zugesichert. Ich glaube, dass wir auch da – wenn wir uns die Strukturen anschauen – eine Verbesserung hinbekommen können.

Jetzt weiß ich, dass es gar nicht zur Aufgabe eines Senators oder einer Vertretung des Senats gehört, auch eine Frage an die Anzuhörenden zu stellen, aber mir hat der letzte Satz von Frau Hark ein Stück weit Fragen aufgeworfen. Es wurde gesagt, dass der politische Wille fehle, bei der Denomination usw. auch Veränderungen und genderspezifische Fragen zu berücksichtigen. Die Denominationen werden von den Gremien der jeweiligen Hochschule festgesetzt. Ich glaube, es wäre nicht gut, wenn wir als Senatskanzlei tatsächlich bei jeder Denomination der Hochschulen einschreiten und sagen würden, dass wir da deutliche Veränderungen haben wollen. Ich weiß, dass wir immer Mitglied in den Kuratorien usw. sind, und trotzdem hielte ich das für falsch, wenn gesagt wird, dass es keinen politischen Willen gebe. Der politische Wille ist ganz eindeutig da, und trotzdem – da sind wir wieder beim Thema Autonomie der Hochschule – glaube ich, wäre es nicht gut, wenn wir in die einzelnen Vereinbarungen der Denomination an den jeweiligen Hochschulen – uns wurde gerade das Beispiel HWR genannt – eingreifen würden. Das, würde ich sagen, ist immer noch überwiegend in der Verantwortung der Gremien an den Hochschulen. – So weit von meiner Seite, vielen Dank!

Vorsitzender Martin Trefzer: Vielen Dank, Herr Krach! – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr, dann kommen wir zum Schluss der Anhörung, und ich schaue in Richtung der Koalitionsfraktionen: Kann der Besprechungspunkt heute abgeschlossen werden, oder wollen wir bis zur Vorlage des Wortprotokolls warten? – Frau Dr. Czyborra? – [Dr. Ina Maria Czyborra (SPD): Vertagen!] – Wir vertagen den Besprechungspunkt bis zur Vorlage des

Wortprotokolls. Ich danke den Anzuhörenden ganz herzlich, dass Sie uns heute Rede und Antwort gestanden haben. – Herzlichen Dank!

[Lüftungspause von 10.25 bis 10.55 Uhr]

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir setzen fort und kommen zu

Punkt 4 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Knappe Raumkapazitäten, mehr Studierende, neue
Schwerpunkte – Die Entwicklung der HWR an alten
und neuen Standorten**
(auf Antrag der Fraktion der FDP)

[0125](#)
WissForsch

Hierzu: Anhörung

Als Anzuhörenden begrüße ich den Präsidenten der Hochschule für Wirtschaft und Recht Herrn Prof. Dr. Andreas Zaby. – Herzlich willkommen, Herr Prof. Zaby! Sie sind darauf hingewiesen worden, dass diese Sitzung auf der Website des Abgeordnetenhauses live gestreamt wird und dass auch eine Aufzeichnung auf der Website abrufbar sein wird. – Sind Sie damit einverstanden?

Dr. Andreas Zaby (Präsident der Hochschule für Wirtschaft und Recht – HWR – Berlin): Jawohl, das bin ich.

Vorsitzender Martin Trefzer: Danke schön! – Ich gehe davon aus, dass die Anfertigung eines Wortprotokolls gewünscht ist. – Das ist der Fall, dann darf ich darum bitten, ein solches Protokoll anzufertigen. Jetzt geht die Begründung des Besprechungsbedarfs an Herrn Förster. – Bitte schön!


Stefan Förster (FDP): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank, Herr Zaby, dass Sie heute zu uns gefunden haben. Die HWR ist mittlerweile eine feste Größe in der Wissenschaftslandschaft unserer Stadt. Ich sage das auch deshalb, weil Sie in dieser Konstruktion erst zwölf Jahre alt sind. 2009 ist der Zusammenschluss der Berlin School of Economics und der Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege, wie sie damals hieß, die auch unseren Verwaltungsnachwuchs ausgebildet haben, erfolgt. Sie haben dann die beiden Standorte Schöneberg und Alt-Friedrichsfelde geerbt, die bekanntermaßen Fluch und Segen zugleich sind, weil Sie auch kapazitätsmäßig an Grenzen stoßen, weil Grundstücksfragen noch zu klären sind und weil Sie vom Land Berlin weitere Aufgaben übertragen bekommen haben – Stichwort Polizistenausbildung –, die auch mehr Bedarf an Arbeitsplätzen, an Räumlichkeiten usw. nach sich ziehen. Deswegen ist es auch ein wichtiger Punkt, darüber zu sprechen, wie die Entwicklung der HWR vonstattengegangen ist, welche Schwerpunkte Sie haben, welche Probleme aktuell noch zu lösen und welche Fragen zu klären sind, bei denen wir als Ausschuss Sie gegebenenfalls unterstützen können. Deswegen freuen wir uns auf Ihre Ausführungen und die Diskussion danach.

Vorsitzender Martin Trefzer: Vielen Dank, Herr Förster! – Dann kommen wir nun zur Stellungnahme des Anzuhörenden. – Herr Prof. Dr. Zaby, bitte!

Dr. Andreas Zaby (Präsident der HWR): Herr Vorsitzender! Liebe Abgeordnete! Sehr geehrter Herr Staatssekretär! Ich freue mich sehr, hier sein zu dürfen, und springe direkt in meine

kleine Präsentation. Für diejenigen, die nicht ganz so mit der HWR Berlin vertraut sind, gibt es einen Slide zu den Zahlen, Daten, Fakten.

Zahlen, Daten, Fakten zur HWR Berlin



Hochschule für
Wirtschaft und Recht Berlin
Berlin School of Economics and Law

Fach- und Führungskräfte für Berlin

- Größte Anbieterhochschule für WiWi-Studiengänge in Berlin – Partner der KMU
- Größte Anbieterhochschule von Studiengängen für den öffentlichen Dienst Berlins
- Größte Anbieterin dualer Studienplätze unter den staatlichen Fachhochschulen in Deutschland
- Größte Anbieterhochschule für wissenschaftliche Weiterbildung in Berlin – speziell für Berufstätige

International

- Platz 1 unter allen deutschen Fachhochschulen bei den ERASMUS-Mobilitäten für Studierendenmobilität-Studium
- Wir unterstützen Auslandsmobilität mit 1,7 Mio. € (2019)

Digital

- Durchführung der ersten E-Wahl an einer staatlichen Hochschule in Berlin (Dez. 2020)

Wissenschaftliches Personal

- Höchster Frauenanteil bei Professuren unter allen großen staatlichen Hochschulen Berlins
- Professoraler Nachwuchs: Gewinner im Bund-Länder-Programm (3,5 Mio. €)

Gründungshochschule

- Höchste Gründungs-Platzierung der Berliner Hochschulen im Ranking des Stifterverbands
- Gewinner im Schwerpunkt »Regional vernetzen« des BMWi-Wettbewerbs EXIST (2 Mio. €)

* Die ASH Berlin hat höheren Frauenanteil
22.02.2021

2

Wofür stehen wir, was machen wir? – Wir leisten einen wesentlichen Beitrag in unseren Fachgebieten für die Ausbildung von Fach- und Führungskräften in Berlin. Wir sind die größte Anbieterhochschule für wirtschaftswissenschaftliche Studiengänge in Berlin und damit auch ein ausgeprägter Partner der kleinen und mittelständischen Unternehmen, mit denen wir besonders eng zusammenarbeiten. Wir sind auch die größte Anbieterhochschule für Studiengänge für den öffentlichen Dienst – dazu werde ich später noch etwas sagen – in Berlin.

Wir sind die größte Anbieterhochschule für duale Studiengänge nicht nur in Berlin, sondern in ganz Deutschland unter allen Fachhochschulen, die staatlich finanziert sind. Die besondere Stärke ist hier das Thema MINT- und Ingenieurstudiengänge, und wir erleben gerade einen Boom im Bereich Informatik und Wirtschaftsinformatik. Da gibt es eine sehr hohe Nachfrage der Berliner Betriebe und auch der Studieninteressierten. Dann sind wir noch im Bereich der wissenschaftlichen Weiterbildung für die berufstätigen Menschen, die bereits einen Studienabschluss haben und sich dann einige Jahre später noch mal weiterbilden wollen, die größte Anbieterhochschule. Das ist also unser Profil bei den Studiengängen.

Wir sind die internationalste Hochschule in Deutschland – Platz eins unter allen deutschen Fachhochschulen bei ERASMUS und der Studierendenmobilität. Wir unterstützen das mit 1,7 Millionen Euro im Jahr. Das heißt, bei uns kommt es nicht auf den Geldbeutel der Eltern an, wenn es um das Thema Auslandsstudium geht.

Wir sind die erste staatliche Hochschule in Berlin, die im Dezember 2020 auf der Basis einer neuen Satzung E-Wahlen durchgeführt hat. Das heißt, die Digitalisierung ist uns besonders wichtig.

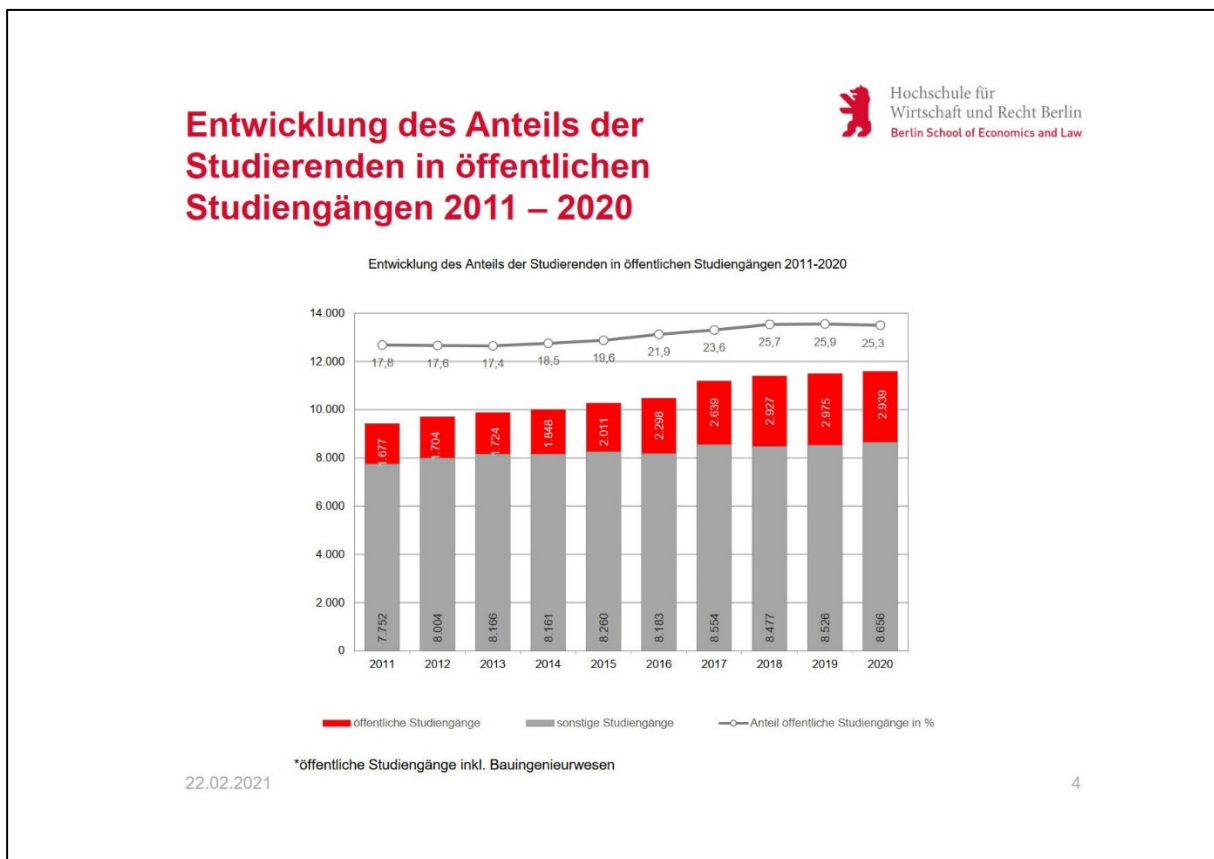
Wir erhöhen den Anteil der Professorinnen besonders stark. Wir liegen jetzt bei knapp 40 Prozent Anteil, darauf sind wir sehr stolz und wollen das weiter ausbauen. Das wird uns auch gelingen, weil wir gerade im Bund-Länder-Programm für professoralen Nachwuchs den Zuschlag bekommen haben und 3,5 Millionen Euro aus diesem Programm erhalten.

Zu guter Letzt das Thema Gründung: Das ist uns ein Herzensanliegen. Wir haben die höchste Gründungsplatzierung unter allen Berliner Hochschulen im Ranking des Stifterverbandes, und sind zusätzlich noch Gewinner der EXIST-Linie „Regional vernetzen“ beim Bundeswirtschaftsministerium, und haben da noch mal 2 Millionen Euro für unsere Gründungsaktivitäten erhalten. Das ist also unser Profil im Schnelldurchlauf.



Jetzt komme ich zum Thema Studierbarkeit und Anteil des öffentlichen Diensts für das Land Berlin. An der HWR Berlin haben einen Anteil von 75 Prozent aller Studierenden, die in der Regelstudienzeit ihren Abschluss machen. Das ist erheblich über dem Durchschnitt der anderen Berliner Hochschulen, dort liegt der Durchschnitt bei 26 Prozent. Das heißt, das macht uns für Bildungsaufsteigerinnen und Bildungsaufsteiger ganz besonders interessant, weil wir wissen, dass für diese Klientel die Prognostizierbarkeit der Studiendauer ein wichtiges Argument ist. Sie wissen, dass sie bei uns ihr Studium wirklich in der Regelstudienzeit beenden.

Wir haben nun 11 600 Studierende bei uns, und davon sind über 25 Prozent direkt für das Land Berlin in Laufbahnstudiengängen. Diese sind der gehobene Polizeivollzugsdienst, die Rechtspflege für die Länder Berlin, Brandenburg und Sachsen-Anhalt, die allgemeine öffentliche Verwaltung für das Land Berlin und ganz neu auch die Bauingenieurstudiengänge wegen des sehr hohen Bedarfs im Land an Bauingenieurinnen und Bauingenieuren – auch das haben wir aufgenommen.

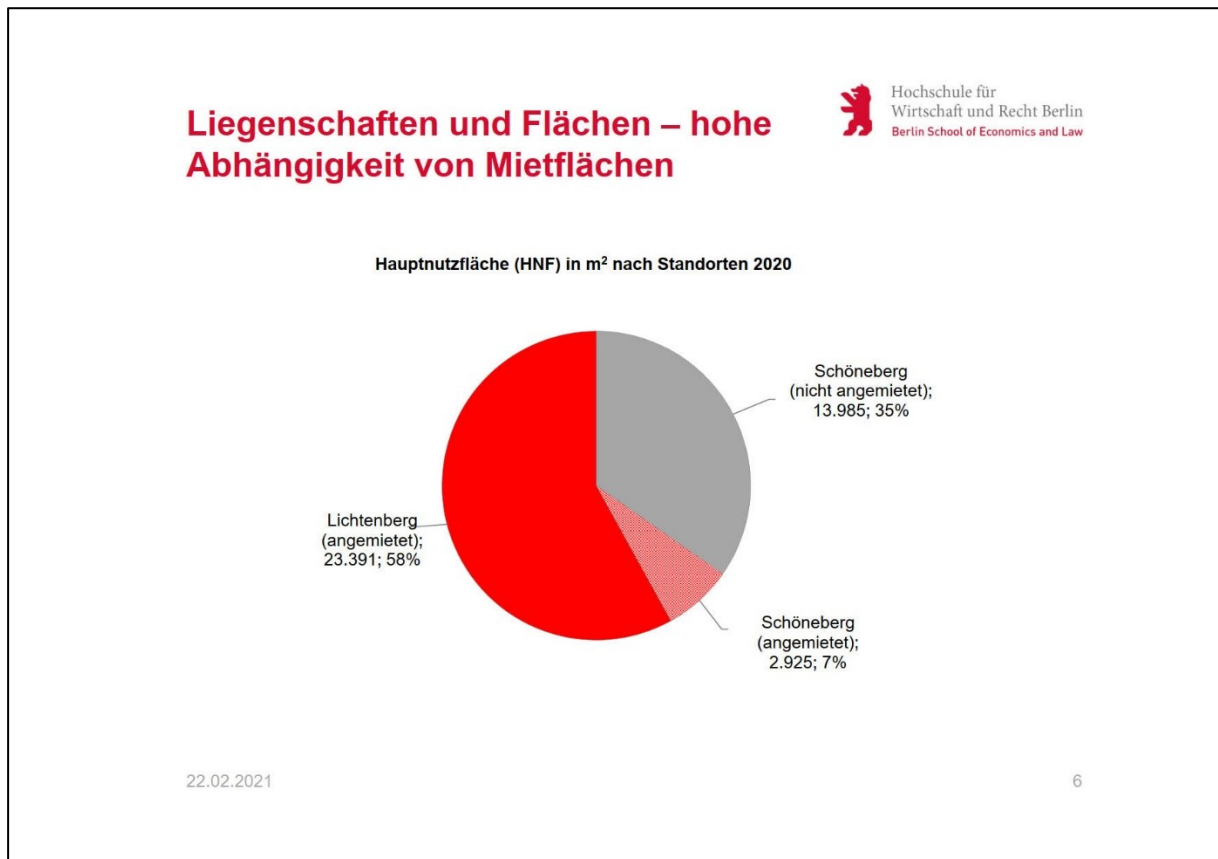


Wenn Sie sich die Entwicklung über die Jahre ansehen – hierzu habe ich Ihnen eine Grafik vorbereitet: Wir kommen von etwa 9 000 Studierende vor gut zehn Jahren, und sind jetzt auf 11 500 Studierende angewachsen. Der Anteil daran, die direkt für den öffentlichen Dienst studieren, ist überproportional gewachsen; wir sind bei über 25 Prozent aller unserer Studierenden in den sogenannten Laufbahnstudiengängen.

Das ist aber auch ein hohes Risiko, und das möchte ich Ihnen hier auch mit auf den Weg geben: Das Risiko dafür liegt bei der HWR Berlin. Wir hoffen sehr stark, dass das Land auch in Zukunft bei den hohen Einstellungs- und Ausbildungszahlen für den öffentlichen Dienst bleiben wird, insbesondere bei der Polizei. Sollte das einmal nicht der Fall sein, dann haben wir an der HWR Berlin ein hohes Risiko, denn wir haben die Belegschaft, auch die Professorinnenschaft und Professorenschaft deutlich ausgeweitet, und wir vertrauen darauf, dass sich das Land Berlin nicht wieder schnell aus diesen Ausbildungskapazitäten zurückzieht. Dazu benötigen wir Ihre Hilfe.



Sie sehen also – wenn Sie sich das Wachstum zwischen den regulären Studiengängen in grau und den roten Studiengängen, den Laufbahnstudiengängen für das Land Berlin, ansehen –, dass das Wachstum der HWR ganz besonders im Bereich des Landesdiensts liegt, während wir in den nichtinternen Studiengängen in den letzten gut zehn Jahren ein Wachstum von 11,7 Prozent hatten, hatten wir in den öffentlichen Studiengängen einen Aufwuchs um 75 Prozent zu verzeichnen. Wir denken, dass das auch in Zukunft so weitergehen wird. Sie haben vielleicht auch die Mitteilung bekommen, dass wir einen zusätzlichen Studiengang für die allgemeine öffentliche Verwaltung im dualen Studienmodell eingerichtet haben. Da wird es also eine zusätzliche Kohorte speziell für die allgemeine Verwaltung des Landes Berlin geben.



Ich komme zu einem Themenbereich, der mit dem Wachstum natürlich untrennbar verbunden ist – das ist die Liegenschaftsproblematik an der HWR Berlin. Wir haben bei uns noch immer eine hohe Abhängigkeit von den Mietflächen. Sie sehen in rot eingefärbt alles, was wir mieten: Der gesamte Campus in Lichtenberg ist dunkelrot, das sind über 23 000 Quadratmeter, und Teile unseres Schöneberger Campus mit 3 000 Quadratmeter sind angemietet. Nur 35 Prozent unserer gesamten Flächen befinden sich tatsächlich im Fachvermögen Wissenschaft. Das ist für uns nach wie vor ein großes Problem, das wissen Sie. Wir arbeiten daran, dieses Problem zu beheben.

Campus Schöneberg – wichtiger Mietvertrag läuft bald aus



22.02.2021

7

Es gibt am Campus Schöneberg – hier ein Luftbild – ein großes, unser zweitwichtigstes, Lehrgebäude, das sehen Sie ganz links unten im Bild in der Babelsberger Straße 14-16. Da konnte mit der Hilfe ganz besonders aus dem Abgeordnetenhaus der Mietvertrag verlängert werden, allerdings nur bis zum 30. September 2024. Es gibt sogar ein Sonderkündigungsrecht des Vermieters, der Berufsgenossenschaft Bau, zum 30. September 2022, also schon sehr bald. Hier ist es auch eine sehr große Bitte an Sie alle, politisch darauf hinzuwirken, dass diese Immobilie tatsächlich von der BIM erworben wird und nicht von einem anderen Investor. Würde das Areal von einem anderen Investor erworben, dann könnten wir dieses Lehrgebäude am 30. September 2022 verlieren, was ein großes Problem für uns wäre, denn der Neubau ist leider noch nicht in Sicht.

Campus Schöneberg - Neubau mit Studierendenwerk Berlin dringend erforderlich



22.02.2021

8

Ich habe das hier grün eingezeichnet; das ist der dringend erforderliche Neubau zusammen mit dem Studierendenwerk Berlin. Wir wollen dieses Gebäude errichten. Im Investitionsplan ist der Anteil für die HWR Berlin für die Jahre 2023 bis 2025 bereits mit 11,6 Millionen Euro vorgesehen. Wir hoffen, dass Sie auch politisch darauf hinwirken können, dass das im Investitionsplan bleibt und nicht etwa irgendwie verschwindet. Damit wir das alles ermöglichen können – auch einen Wohnheimbau auf diesem Gelände mit 200 Wohnheimplätzen und einer großen neuen Kita mit 70 Plätzen –, brauchen wir auch die Aufnahme des Investitionsanteils des Studierendenwerks in den Investitionsplan. Das ist bislang leider nicht geschehen. Für die Jahre 2021 bis 2025 sollte das hoffentlich dort verankert werden.

Es ist ein ganz besonderes Projekt. Uns ist kein anderes Projekt bekannt, wo auf dem Gelände im Fachvermögen Wissenschaft ein neues Lehrgebäude zusammen mit Wohnheim und Kita errichtet wird. Wir wissen von der Geschäftsführerin des Studierendenwerks, Frau Mai-Hartung, dass sie das auch unbedingt wollen. Das ist ein ganz tolles Projekt, und dazu brauchen wir die Absicherung im Investitionsplan des Landes hoffentlich schon bald auch für das Studierendenwerk.

Campus Lichtenberg – Übertragung ins Fachvermögen Wissenschaft angestrebt



22.02.2021

9

Ich komme zum Campus Lichtenberg. Dort haben wir – ich habe es gerade erwähnt – eine vollständige Abhängigkeit im Mietvertrag mit der BIM. Das ist nicht hochschulgemäß, wir haben damit zum Teil erhebliche Probleme und sind deswegen sehr dankbar, dass unsere Bemühungen seit 2017, eine Übertragung ins Fachvermögen Wissenschaft zu bewirken, nun Fahrt aufgenommen hat. Dank eines Gesprächs und des Einschaltens von Herrn Kollatz ist die Ampel jetzt auf Grün. Das bedeutet, wir wollen vor allem die Gebäude, die wir exklusiv bespielen, in das Fachvermögen Wissenschaft übertragen, damit wir dann erstmals auch selbst Herr im Haus sind und die Immobilien hochschulgemäß entwickeln können.

Campus Lichtenberg - hochschulgemäßer Neubau angestrebt



22.02.2021

10

Das ist uns sehr wichtig, aber damit sind wir auf diesem Campus noch nicht am Ziel, denn auch hier brauchen wir noch Neubauten. Die sind hier auch grün eingezeichnet worden. Es gibt die alten Lagerhallen – wer den Campus besichtigt hat, wird die kennen –: Das sind eingeschossige, sehr große Lagerhallen in nicht besonders gutem Zustand. Wir möchten diese ertüchtigen, neu bauen. Es gibt dafür erste Planungen von der BIM, um dort moderne, hochschulgemäße Seminar-, Büro- und Laborgebäude einzurichten. Wenn wir diesen Neubau hätten, könnten wir diese Gebäudeteile, die wir nicht exklusiv mieten, sondern wo es auch eine Reihe anderer Mieter gibt, abmieten.

Sie sehen auch einen kleinen grünen Klecks auf dieser Folie: Das ist ein neues kriminaltechnisches Zentrum, das wir auch sehr gerne ermöglichen würden, da wir unsere Studierenden bald nicht mehr nach Spandau schicken können, um dort ins kriminaltechnische Zentrum zu gehen, weil die Polizei das für den mittleren Dienst benötigt. Wir sind mit der Innenverwaltung im Gespräch, damit wir diesen Umbau und dann auch die entsprechende Miete, die die BIM dafür haben will, finanziert bekommen. Wir würden uns auch dafür über politische Unterstützung freuen, damit die Studierenden auch kriminaltechnisch im gehobenen Polizeivollzugsdienst gut ausgebildet werden können.

Das sind die Entwicklungen in Lichtenberg, die uns auch sehr wichtig sind; über die Hälfte aller unserer Studierenden sind bereits in Lichtenberg. Die Entwicklungen bezüglich unserer Schwesterhochschule der HWT kennen Sie vermutlich viel besser als ich. Die sehen vor, dass im Zuge der Ein-Campus-Strategie irgendwann die Treskowallee ganz oder teilweise verlassen wird. Mir liegen dazu keine offiziellen Informationen vor, aber ich möchte anheimstellen,

dass sich die HWR das gerne weiter anschauen wird. Wir haben mit dem Präsidenten der HTW, Herrn Busch, vereinbart, dass wir mit einer Delegation den Campus, sobald es die Coronabedingungen erlauben, auch besichtigen werden. Wir sind da sehr offen. Wir wissen nicht genau, welche Planungen Sie möglicherweise mit dem Gelände haben, dazu haben wir nichts gehört. Ich will damit aber nur sagen, dass wir da grundsätzlich nach einer entsprechenden Renovierung, die sicher auch erforderlich sein wird, bereit, uns das näher anzuschauen.

Ich darf mich ganz herzlich bedanken! Das war meine schnelle Präsentation. Ich danke für die Einladung, Herr Förster, und ich möchte mich an der Stelle auch noch mal bei Ihnen allen dafür bedanken, dass Sie sich in den letzten Jahren wirklich ganz außergewöhnlich für die HWR Berlin eingesetzt haben. Ich möchte auch noch mal ganz besonders Ihnen, Frau Czyborra, danken. Mein Dank gilt auch Herrn Schulze und Frau Pieroth, die sich für uns und unsere Belange in Bezug auf die Mietvertragssituation sehr eingesetzt haben und auch mit großem Erfolg eingesetzt haben. Ohne Ihr Engagement hätten wir die Mietflächen sonst nicht mehr. – Herzlichen Dank!

Vorsitzender Martin Trefzer: Vielen Dank, Herr Prof. Dr. Zaby! – Wir kommen jetzt zur Aussprache und zu den Fragen an Sie und an den Senat. Auf der Redeliste stehen in dieser Reihenfolge: Herr Schulze, Herr Dr. Hausmann, Frau Dr. Czyborra, Herr Förster und Frau Plonske. – Zunächst Herr Schulze, bitte!

Tobias Schulze (LINKE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Auch von unserer Seite vielen Dank, Herr Prof. Zaby, für Ihre Ausführungen! Ich glaube, die Dramatik haben Sie noch sehr zurückhaltend dargestellt. Im persönlichen Gespräch wird das noch ein bisschen deutlicher, und auch die damalige Debatte um den Mietkomplex war in der Tat eine große Herausforderung. Wir haben – und das muss man mal noch betonen – an keiner anderen Hochschule in Berlin, dass sie derartig von privat angemieteten Räumen abhängig sind. Die Konstellation mit der BIM in Friedrichsfelde ist – das muss man leider sagen – aus verschiedenen Hintergründen auch nicht immer nur positiv: einerseits weil es natürlich immer Schnittstellenprobleme gibt, andererseits weil hier eigentlich das Prinzip linke Tasche, rechte Tasche der öffentlichen Hand läuft. Das ist nicht schön, und wir müssen da aus meiner Sicht dringend zu einem anderen Zustand kommen, dass eine Hochschule Herr im eigenen Hause ist und vor allem in ihren eigenen Gebäuden bauen und schalten und walten kann, wie sie das möchte.

Ich freue mich sehr über Ihre Zusage, dass Sie sich auch die Treskowallee anschauen wollen. Wenn der Umzug irgendwann kommen sollte – wir hatten Herrn Prof. Busch letztes auch hier in der Anhörung zum Zentralstandort –, dann wäre da sicher ein Möglichkeitsraum geschaffen, der z. B. von der verkehrlichen Lage her auch nicht uninteressant ist. Der liegt möglicherweise etwas besser als Friedrichsfelde da oben. Insofern könnte man sich da etwas vorstellen. Der Campus-Charakter an der Treskowallee hat natürlich etwas. Das sind Dinge, die wir uns noch mal anschauen müssen.

Ich wollte auch noch mal betonen, wie wichtig die Position der HWR für den öffentlichen Sektor in Berlin ist. Wir haben an vielen Stellen, gerade in der Pandemie, das Problem des Fachkräftemangels und brauchen dringend Bauingenieurinnen und Bauingenieure, aber auch Verwaltungsfachleute, Standesbeamtinnen und Standesbeamte usw. Wir haben mit dem Personal einen wahnsinnig limitierenden Faktor für die Weiterentwicklung des öffentlichen

Dienstes in unserer Stadt. Da spielt die HWR eine extrem große Rolle. Ich will das auch noch mal für meine Fraktion betonen, dass wir auch in Hinblick auf die nächste Legislaturperiode die Fachhochschulen bei den Ausbaunotwendigkeiten, auch bei den räumlichen Ausbaunotwendigkeiten, ganz weit vorne sehen und die Investitionen hier an dieser Stelle sehr gut eingesetzt finden. Deswegen müssen wir schauen, dass wir die fix in den Haushalten verankern, selbst dann, wenn das Geld knapper wird, weil es hier um existenzielle Ausbildungsgänge für unsere Stadt geht. Deswegen sollten wir die auch ganz nach vorne rücken.

Ich hätte jetzt die Frage zu den Räumen: Wie sehen denn die Zeithorizonte, sowohl was die Übertragung ins Fachvermögen und die weitere Nutzung und Umbaumöglichkeiten durch Sie angeht, aus? Dann ist die Frage: Wie sieht es aus Ihrer Sicht mit dem Neubau in der Badi-schen Straße aus? Wie sind da die zeitlichen Horizonte? Und vielleicht – es soll niemand in eine Anhörung kommen, ohne uns etwas mitzugeben – was wir noch tun können, um die Dinge dort zu beschleunigen. Das wären meine Fragen.

Eine letzte Frage: Wie sieht es mit den Kapazitäten aus Ihrer Sicht aus? Brauchen Sie auch komplett neue und zusätzliche Räume? Sie haben vom Wachstum, das weitergehen soll, gesprochen. Sehen Sie die an den bestehenden Standorten machbar, wenn Sie die Neubauten bekommen, oder müssen wir eventuell noch mal über richtige Zuwächse reden? – Danke schön!

Vorsitzender Martin Trefzer: Vielen Dank, Herr Schulze! – Herr Dr. Hausmann, bitte!

Dr. Hans-Christian Hausmann (CDU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank, Herr Zaby, für Ihre Ausführungen! Ich habe ganz konkret zwei Fragen: Wie wird sich eigentlich mit Blick auf diese beengte Raumkapazität das Studienplatzangebot zukünftig entwickeln? Kann man an der Stelle bereits eine Prognose Ihrerseits vernehmen? Ich würde mich für Ihre Ausführungen dazu sehr bedanken.

Dann habe ich an der Stelle noch die mögliche Nachnutzung des Areals Treskowallee der HTW vernommen: Der Campus Treskowallee ist schon, im Gegensatz zum derzeitigen Campus Lichtenberg, im Fachvermögen Wissenschaft. Würde es – Sie haben das so angedeutet –, wenn die HTW dort auszieht, für die HWR ernsthaft in Betracht kommen, den Campus in der Treskowallee zu übernehmen? Da würde ich mich für eine klare Aussage sehr bedanken. – Danke!

Vorsitzender Martin Trefzer: Vielen Dank, Herr Dr. Hausmann! – Die Nächste ist Frau Dr. Czyborra. – Bitte!

Dr. Ina Maria Czyborra (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank, Herr Zaby, für die Ausführungen! Es geht im Wesentlichen um die Standorte, es ist eigentlich fast alles gefragt worden. Es ist ganz wichtig, finde ich, dass wir signalisieren, dass Menschen, die in dieser Stadt in den Polizeidienst wollen – um das als Beispiel zu nehmen – auch an einem Standort ausgebildet werden, der vernünftige Rahmenbedingungen bietet, und dass die nicht schon während des Studiums das Gefühl bekommen, dass sie Berlin nichts wert sind – das als Signal an die jungen Menschen, die sich dieses doch harten Jobs annehmen wollen. Das wäre das eine.

Das andere wurde schon gesagt: Sie sitzen in vielen angemieteten Flächen, und Mieten ist in dieser Stadt auch nicht so billig. Es klang eben danach: Wir brauchen dies, wir brauchen jenes, wir brauchen solches –, aber es gibt auch die Synergieeffekte bei dem, was Sie vorhaben. Sie wollen in eigene Flächen kommen, das heißt, hier gibt es sicherlich auf der Habenseite enorme Einsparungen bei den Mieten – abgesehen davon, dass Sie Ihre Gebäude so gestalten können, dass Sie auch wirklich die optimale Flächennutzung haben. Ich glaube, in den angemieteten Flächen ist das jetzt nicht der Fall, dass mit den Veranstaltungsgrößen, der Teilnehmerzahl usw. wirklich optimale Verhältnisse geschaffen werden können. Das könnte durchaus Synergien bzw. Einsparungspotenziale oder Effektivitätsgewinne hervorrufen.

Was ich fragen wollte – das bezieht sich mehr auf die inhaltliche Entwicklung: Die HWR hat auch das Alleinstellungsmerkmal des Harriet Taylor Mill-Instituts für Ökonomie und Geschlechterforschung sowie das Institut für Nachhaltigkeit. Das sind durchaus Alleinstellungsmerkmale, dass Geschlechterforschung und Ökonomie zusammen gedacht wird bzw. nachhaltiges Wirtschaften und Ökonomie und Fragen von Ökologie und Nachhaltigkeit. Das findet nicht überall an den volkswirtschaftlichen Fachbereichen statt. Insofern wollte ich fragen, ob es dazu neue Entwicklungen gibt, was die inhaltliche Entwicklung dieser Bereiche angeht. – Vielen Dank!

Vorsitzender Martin Trefzer: Vielen Dank, Frau Dr. Czyborra! – Herr Förster, bitte!

Stefan Förster (FDP): Vielen Dank, Herr Zaby für die guten und prägnanten Schwerpunkte, die Sie uns hier vorgetragen haben. Ich glaube, es herrscht parteiübergreifende Einigkeit, dass gerade die Baumaßnahmen und Investitionsmaßnahmen – egal wer dann ab Oktober in der Stadt regiert – verankert werden müssen. Das ist, glaube ich, auch gerade die Stärke der Fachhochschulen und die Attraktivität des öffentlichen Dienstes. Machen wir uns nichts vor, die hängt maßgeblich auch an der HWR – nicht nur bei der Polizeiausbildung, auch bei den anderen Ausbildungsberufen im öffentlichen Dienst. In den nächsten Jahren gehen Zehntausende Beschäftigte im öffentlichen Dienst demografisch bedingt in Rente – das ist in den nächsten 10, 15 Jahren massiv der Fall. Wir haben jetzt schon eine Überalterung, deren Ursachen wir kennen, weil in den 90ern, Anfang der 2000er aufgrund der Kürzungen nicht eingestellt wurde. Das ist ein großes Problem. Wir stehen auch in Konkurrenz mit anderen Bundesländern, die in bestimmten Bereichen aktiv abwerben. Deswegen kann man das, was Sie machen, nicht hoch genug einschätzen. Wenn wir einen attraktiven, einen jungen und vielfältigen öffentlichen Dienst haben wollen, dann brauchen wir auch eine fundierte Ausbildung. Ich glaube, da sind wir uns alle einig. Dazu gehören auch Rahmenbedingungen, damit die Leute, die dort hingehen, nicht sagen: Um Gottes willen, ich komme morgen nicht wieder –, sondern: Ich fühle mich wohl, nicht nur inhaltlich-qualitativ, sondern auch von den baulichen Rahmenbedingungen. – Deswegen ist das, glaube ich, wichtig und auch, dass Sie die Einrichtungen in Ihr Fachvermögen bekommen, gerade in Alt-Friedrichsfelde.

Ich möchte aber fragen – das geht auch in Richtung Senat –: Wir haben es hier nicht mit der BImA zu tun, sondern mit der BIM, also mit der Berliner Immobiliengesellschaft. Bei der BImA, beim Bund, wird von der Koalition immer geschimpft: Um Gottes willen, die wollen die Immobilien profitmaximieren usw. – Die BIM ist doch eigentlich, spätestens seitdem der Liegenschaftsfonds in die BIM integriert wurde, nur noch dazu da, Immobilien zu verwalten, für die es kein passendes Fachvermögen gibt, denn sonst würden die in den Fachvermögen der Bezirke oder des Landes geparkt werden. Warum kann es dann – das meine ich gar nicht

als Vorwurf, sondern als Frage, weil ich es in dem Fall wirklich nicht verstehe – seit 2017 andauern und warum braucht der Finanzsenator auch so lange Zeit, dass mal eine Übertragung an das Fachvermögen erfolgt? Die BIM sollte doch froh sein, wenn sie Immobilien los ist, wenn die Hochschulen die in der eigenen Verfügung haben? Ich verstehe an der Stelle das Problem nicht. Es wird nicht an Dritte verkauft oder Ähnliches, es widerspricht in keiner Weise den Zielen der Koalition oder des Landes Berlin, also warum braucht man dafür vier Jahre und es ist noch nicht übertragen? Ich will einfach mal den Prozess verstehen, weil man vielleicht an dem Prozess etwas optimieren muss. Ich finde das jedenfalls wirklich schwierig, dass das so lange läuft.

Dann haben Sie darauf hingewiesen – Stichwort Karlshorst. das hat der Kollege Hausmann schon gefragt, der Umzug der HTW –: Der Sachstand unsererseits ist so, dass früher der Bezirk Lichtenberg immer die Hand gehoben und gesagt hat, dass man dort eventuell einen Schulstandort haben will. Gerade der direktgewählte Abgeordnete für Karlshorst, Andreas Geisel, im Nebenberuf auch Innensenator dieser Stadt, hat immer gesagt, dass er sich dieses Grundstück als Schulcampus wünsche, weil auch ein Gymnasium gebraucht wird usw. Das etwas sperrige Bezirksamt Lichtenberg ist mittlerweile der Meinung, sie könnten das an anderen Standorten realisieren und bräuchten das gar nicht. Wir haben hier immer gesagt, wenn eine Hochschule das haben will – und die HWR ist nun mal die Hochschule, die vor der Tür ist –, dann bitte, liebe Hochschule, nehmt das, wenn ihr das haben wollt. Dazu gibt es hier im Ausschuss gar keinen Dissens. Wenn der Bezirk Lichtenberg wirklich sagt, dass sie den Schulstandort nicht brauchen, dann soll der Bezirk Lichtenberg aber nicht in den nächsten fünf oder zehn Jahren kommen und sagen, sie brauchen vom Land Berlin viel Geld, um an anderer Stelle in Karlshorst neu zu bauen. Das ist eine Entscheidung des Bezirks Lichtenberg – Karlshorst wächst auch sehr stark. Ich will es hier nur zu Protokoll geben: Ich habe nichts dagegen, dass die HWR dorthin kommt. Wenn die HWR den Standort nutzt – der ist als Hochschulstandort geeignet – und die HTW komplett an die Spree nach Oberschöneweide gezogen ist, dann macht das aus meiner Sicht auch Sinn. Dann darf aber der Bezirk Lichtenberg nicht drei Jahre später kommen und sagen: April, April! Jetzt wollen wir doch den Standort haben. – Da muss sich Lichtenberg auch abschließend positionieren.

Was ich auch wichtig finde – das haben Sie auch angesprochen – Stichwort Verlässlichkeit der Ausbildung: Ich glaube auch, gerade beim Polizeidienst – da dürfen Sie gerne noch einige Ausführungen zur Qualität der Polizeiausbildung an der HWR im Vergleich zu anderen Bundesländern machen – schreitet auch die Akademisierung voran. Wir dürfen im Land Berlin das nicht wieder nach Haushaltsgesetz und Kassenlage in die andere Richtung kippen. Das ist – machen wir uns nicht vor – bei der Lehrerausbildung, der Polizeiausbildung und anderen immer etwas eruptiv. Wir merken, dass wir ein Problem haben, dann bricht das aus wie ein Vulkan, dann beauftragen wir irgendeine Hochschule oder eine Universität und sagen: Ihr müsst jetzt tausend Leute mehr pro Jahr ausbilden und das möglichst sofort und in super Qualität, und dann haben wir morgen das Problem gelöst. – Wir müssen auch erkennen, dass wir das langfristig angehen müssen, wenn wir das mal auf das Gleis gesetzt haben. Das ist wie eine Lokomotive, die ganz langsam anrollt, aber dann kontinuierlich fahren muss. Da kann man den Zug nicht sofort wieder stoppen und sagen, dass die Passagiere aussteigen müssen. Es ist klar, dass wir da einen Bedarf haben, der über Jahrzehnte geht, und dass wir das auch gewährleisten müssen.

Das Thema MINT-Fächer ist eines, das auch sehr interessant ist, gerade das Thema Bauingenieurwesen. Vielleicht können Sie dazu etwas sagen, dazu wären wir auch im Bauausschuss an Expertise interessiert – da bin ich auch Sprecher meiner Fraktion. Wir haben das Thema, dass gerade in den planenden und letzten Endes den Bau vorbereitenden Berufen bei Bauingenieuren ein erhebliches Kapazitätsdefizit in der öffentlichen Verwaltung, aber auch bei den privaten Ingenieurbüros besteht. Wir in Berlin bekommen vor allem den Brückenbau und die Sanierung deshalb nicht auf die Reihe, weil es schlicht an Personal fehlt. Das Geld wäre teilweise sogar da. Die privaten Ingenieurbüros sind überlastet, die öffentliche Hand hat keine Kapazitäten, um die Leute gut zu bezahlen oder einzustellen. Es fehlt vor allem an den Leuten, die nicht vorhanden sind. Das Bauingenieurwesen ist, glaube ich, in der Stadt ganz maßgeblich, um das zu machen.

Das führt mich zu der Frage: Wenn Sie die Liegenschaften alle in eigener Verantwortung haben, hätten Sie dann auch eine leistungsfähige Bauabteilung, um das selbst abzuwickeln und instand halten zu können? Ich frage das vor dem Hintergrund, weil die großen Universitäten uns immer erzählen – die TU ist da ein Paradebeispiel –: Der öffentliche Dienst kriegt nichts auf die Reihe, und wir können das selbst alles schneller und besser –, schneller und besser haben sie bisher auch nicht gekonnt. Ich habe nichts dagegen, dass die Hochschulen und Universitäten das machen, aber der Beweis, dass das immer schneller, kostengünstiger und besser geht, muss zumindest bei den Universitäten zum Teil noch erbracht werden – deswegen die Frage. Eine leistungsfähige Bauabteilung ist das A und O, um das machen zu können.

Drei Punkte noch – Sie hatten das Thema Vernetzung und Ausgründungen angesprochen: Das ist auch wichtig, dass Sie belastbare Netzwerke haben, um das zu vermitteln. Inwieweit spielen auch Kontakte zu den jeweiligen Wirtschaftsförderungen der Stadt – beim Senat und in den Bezirken – eine Rolle? Gerade die Ausgründungen, kleine Start-Ups oder was auch immer das ist, müssen auch betreut und unterstützt und durch den Paragrafendschub gelöst werden. Wie sieht das da aus?

Dann haben Sie erfreulicherweise darauf verwiesen, dass Sie bei ERASMUS immer noch auf Platz eins sind. Haben Sie durch den Austritt von Großbritannien aus der Europäischen Union Probleme, weil wir doch einen erheblichen Anteil von ERASMUS-Austauschstudierenden hatten, die von der Insel kamen? Gibt es da entsprechende Probleme?

Die nächste Frage richtet sich vor allem an Staatssekretär Krach. Das Bund-Länder-Programm für den professoralen Nachwuchs ist mir bisher nicht bekannt gewesen – wenn Sie zur Erhellung beitragen könnten:: Ist das ein Programm, das den Hochschulen und Universitäten gleichmäßig angeboten wird? Ist das eines, wo man sich aktiv bewerben muss, oder was steckt dahinter? Es ist jedenfalls an mir ein bisschen vorbeigegangen, was die Voraussetzungen sind, um das Programm in Anspruch zu nehmen. – Vielen Dank!

Vorsitzender Martin Trefzer: Vielen Dank, Herr Förster! – Frau Plonske, bitte!

Eva Marie Plonske (GRÜNE): Herzlichen Dank! – Ich kann mich für meine Fraktion den Ausführungen von Herrn Schulze und Frau Czyborra komplett anschließen, was die Rolle der HWR angeht. Ich kann auch ganz klar unterstützen, dass es, wenn wir lang- und mittelfristig planen, aus unserer Sicht notwendig ist, die Ausbildungszahlen gerade für den öffentlichen Bereich mindestens konstant zu halten. Ich wüsste nicht, wie das in den nächsten Jahren an-

ders funktionieren soll. Das wurde, glaube ich, an vielen Stellen ausgeführt, und das kann ich zu 100 Prozent unterstützen. Unser Ziel muss auch sein, dass der Anteil an Mietflächen deutlich reduziert wird. Dazu habe ich in diesem Raum auch noch keinen Widerspruch gehört.

Ich hätte nach den vielen Fragen, die schon gekommen sind, tatsächlich noch zwei Fragen zum Campus Schöneberg, und zwar eine, die mehr an die Senatskanzlei geht. Darin geht es um die Notwendigkeit, den Anteil des Studierendenwerks in der Investitionsplanung aufzunehmen: Wie sind denn da die Gespräche? Laufen die entsprechenden Initiativen, damit dieser Anteil getragen wird, oder haben wir da in den kommenden Haushaltsberatungen noch eine Leerstelle? Es wäre sehr schwierig, wenn die Hälfte, ein Drittel oder wie viel es ist der Finanzierung nicht kommt.

Zum Thema Campus Lichtenberg würde mich interessieren: Mir ist immer noch die Frage im Hinterkopf, ob an diesem Standort auch eine Kita eingeplant ist und errichtet werden kann, weil vonseiten des AStA und anderen Studierenden dort ein großer Bedarf festgestellt wurde. Mich würde interessieren, wie die Planung an dem Punkt ist; zum Zeitplan kamen schon Fragen. Ich finde den Bereich der Neuplanungen, der Neubauten auf dem Campus sehr interessant, gerade auch den Aspekt, Flächen einzuplanen, die man im Zweifelsfall für den Ausbau der eigenen Aktivitäten nutzen kann oder, wenn es Überbedarfe sind, abmieten kann. Wie steht die Senatskanzlei dazu? Unterstützt sie diese Planung, und wie groß ist denn der Anteil dieser Flächen an der Gesamtsumme? Ich halte eine so vorausschauende Planung immer für sehr gut, weil es einem die notwendige Flexibilität gibt, aber ich weiß im Moment nicht, wie diskutiert wird, dass die Hochschulen eigene Objekte, die sie gerade errichtet haben, wieder vermieten. Mich würde interessieren, ob das positiv gesehen und begrüßt wird oder – weil es ein neues Herangehen ist – ob es in diesem Bereich noch Probleme gibt.

Vorsitzender Martin Trefzer: Vielen Dank, Frau Plonske! – Dann kommen wir zu den Antworten des Anzuhörenden und des Senats. Herr Prof. Zaby, Sie haben das Wort. – Bitte schön!

Dr. Andreas Zaby (Präsident HWR Berlin): Ganz herzlichen Dank für die vielen Fragen und Anregungen, die von großer Sachkunde sprechen. Ich werde versuchen, das ein bisschen zu sortieren. Es ging im Wesentlichen um die Liegenschaften, aber nicht nur. Tatsächlich ist es so, dass die Situation – Herr Schulze, Sie haben es völlig richtig gesagt – im vergangenen Jahr am seidenen Faden hing und wir kurz davor waren, den ordnungsgemäßen Lehrbetrieb nicht mehr aufrechterhalten zu können. Deswegen danke ich in der Runde ganz besonders denen, die aktiv geholfen haben. Es war wirklich sehr knapp. Das haben wir erst mal gelöst, aber das hilft uns nur kurzfristig – ich habe das ausgeführt.

Deswegen brauchen wir am Campus Schöneberg – ich beginne mit Schöneberg – unbedingt diesen Neubau, denn dieser Mietvertrag ist endlich, möglicherweise im nächsten Jahr, aber ganz sicher im Jahr 2024, außer dieses Gebäude wird von der BIM erworben, wofür wir sehr stark plädieren. Ich hoffe, dass wir dann noch etwas länger in der Babelsberger Straße bleiben können, damit der Umzug in das neue Gebäude in der Meraner Straße nahtlos klappen kann. Dieses neue Gebäude ist in der Investitionsplanung mit dem Anteil der HWR vorgesehen – mit 1 Millionen Euro im Jahr 2023 und dem Rest der 11,6 Millionen Euro in den beiden folgenden Jahren 2024 und 2025. So steht es im Investitionsplan, und ich hoffe wirklich sehr, dass es so bleibt und der Investitionsanteil des Studierendenwerks gleich nachgezogen werden

kann. Das ist extrem wichtig, darauf haben Sie in mehreren Fragen verwiesen. Wir haben das noch nicht in der Investitionsplanung, aber darauf ist das Studierendwerk angewiesen, damit dann auch entsprechende Kredite bei der IBB aufgenommen werden können, um dort das Wohnheim zu realisieren.

Wir möchten natürlich in einem Zug bauen, und deswegen ist es notwendig, dass die Investitionssummen für das Studierendenwerk schnell gesichert werden, weil die HWR schon ein bisschen voraus ist. Warum das nicht gelungen ist und warum sich das Abgeordnetenhaus letztendlich entschieden hat, dass die Investitionssumme des Studierendenwerks nicht in der Investitionsplanung aufgenommen wird, entzieht sich meiner Kenntnis. Das kann sicherlich noch schnell für die nächste Planung korrigiert werden.

Wir haben in Lichtenberg tatsächlich auch Fortschritte erzielt – Herr Schulze, Sie haben darauf verwiesen. Dort war die Situation lange im Stillstand gewesen, und wir haben als ersten Schritt zusammen mit der Senatskanzlei für Wissenschaft und Forschung und der BIM den ersten Medientrennungstermin. Es ist also wirklich schon hands-on, wir waren dort und haben die Zähler und die Leitungen besichtigt. Wir haben geschaut, wo wir die Medien sauber trennen können, damit eine Sachvermögensübertragung technisch gestaltet werden kann. Das ist sehr erfreulich. Das Baureferat von Herrn Krachs Haus hat bestätigt, dass das möglich ist, die BIM hat bestätigt, dass das möglich ist. Da sind die Ampeln auf Grün. Ich möchte in dem Zusammenhang auch einflechten, dass wir auch den Bau von Wohnheimen auf und vor dem Campus propagieren. In der Alfred-Kowalke-Straße sind wir sehr erfreut, wenn der Bezirk laut Aussage von Herrn Grunst das Gesundheitsamt eines Tages dort aufgibt und wir das Areal in ein Studierendenwohnheim umwandeln können. Das wäre hervorragend, denn der Bedarf an Wohnheimplätzen ist riesig und auch auf dem Campus plädiere ich dafür, dass wir Wohnheime bauen.

Von der Bezirksbauverwaltung gibt es Signale, dass das nicht möglich sei, weil dort auch eine Feuerwache geplant sei und Wohnheime nicht auf dem gleichen Areal wie eine Feuerwache stehen können. Das weiß ich nicht. Das Areal ist riesig: Warum das nicht möglich sein sollte, wenn man das Wohnheim vielleicht auf das andere Ende stellt, könnte man vielleicht noch mal prüfen. Das würde jedenfalls zu einer studierendengemäßen Belegung dieses Campus führen, damit sich die Studierenden dort auch wohlfühlen. Herr Förster, da bin ich Ihnen für den Hinweis dankbar: Natürlich ist auch das bauliche Ambiente und das Campusambiente für die Studienwahl und für den Wohlfühlfaktor der Studierenden sehr wichtig. Wenn sich die jungen Menschen, die sich für den öffentlichen Dienst entscheiden, auf einem angenehmen, attraktiven Campus wiederfinden, auf dem auch Leben ist, auf dem Studierende auch wohnen, auf dem es Geschäfte und Einkehrmöglichkeiten gibt, dann ist das ein großes Plus für die Attraktivität in den öffentlichen Dienst zu gehen. Ich hoffe, dass wir in die Richtung kommen.

Ich sehe auch Wachstum; danach ist auch gefragt worden: Welches Wachstum, welche Perspektiven ergeben sich? – Es gibt durch die Akademisierung einer bundesweit ganzen Reihe von Berufen im öffentlichen Dienst Potenziale. Ich nenne als Beispiel die Ausbildung der Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher. Die werden in einigen Bundesländern bereits über ein Fachhochschulstudium in den gehobenen Dienst eingestellt. Das ist in Berlin noch nicht der Fall, das ist ein Ausbildungsberuf, die Anforderungen sind aber sehr hoch – das ist ein Beispiel. Wir sehen auch Potenziale für den weiteren Ausbau im dualen Studium für das Krankenhaus- und Gesundheitsmanagement. Gerade in einer Gesundheitsstadt wie Berlin glauben wir, dass eine Professionalisierung auch im Krankenhausverwaltungsdienst notwendig sein könnte. Wir sind mit der Charité, Vivantes und einigen privaten Häusern im Dialog, um zu erfahren, wie die Bedarfe sind. Das könnte sich sehr gut für ein duales Studium eignen, und die HWR ist gerne bereit mitzuziehen.

Dann gibt es noch eine Diskussion, die immer mal wieder hochkommt: Das ist die Frage der Ausbildung der Finanzbeamtinnen und Finanzbeamten im gehobenen Dienst. Sie wissen, das wird für Berlin zurzeit in Königs Wusterhausen erledigt. Es gibt immer die Diskussion, ob die HWR das nicht für Berlin wieder übernehmen kann. Da können wir sagen: Jawohl, fachlich können wir das. – Wir haben das früher auch getan, bevor es dann nach Brandenburg wanderte, aber wir müssen immer auch dazusagen, dass es räumlich ausgeschlossen ist. Ohne neue Gebäude könnten wir das auf gar keinen Fall. Das sind Möglichkeiten für weiteres Wachstum in diesem Bereich.

Dann haben wir natürlich die große Nachfrage der Berliner Bezirke. Wir wissen, dass sich die Bezirke händeringend nach unseren Absolventinnen und Absolventen sehnen, aber die leider nicht in der Zahl dort ankommen, wie sie benötigt würden. Die gehen überwiegend in die Senatsverwaltung, und in den Bezirken kommen zu wenig an. Da würden wir die Kapazitäten gerne nochmals erhöhen, wenn das Land das wünscht. Dafür haben wir attraktive Modelle – dazu gab es auch eine Frage: Wie können wir die Attraktivität, neben den baulichen Maßnahmen, erhöhen? – Das geht sehr gut durch Stipendienmodelle und auch durch das duale Studium. Das macht gerade für Menschen aus bildungsfernen Haushalten die Entscheidung für solche Studiengänge deutlich leichter. Es gibt während des Studiums eine Ausbildungsvergütung, es gibt eine sehr hohe Übernahmewahrscheinlichkeit bis zur Übernahmegarantie, und sie wissen genau, wie lange das Studium dauern wird. Wir sehen deshalb dort auch eine Attraktivität für Studierende mit Migrationshintergrund. Das sind Ausbaumöglichkeiten.

Die Polizeiausbildung – nach der auch speziell gefragt wurde – ist unseres Erachtens sehr attraktiv gestaltet. Es gibt ein kleines Problem: Das ist die Trennung und das Pendeln nach Spandau für die kriminaltechnischen Ausbildung und für die Sportausbildung. Wir unterstützen Bemühungen der Senatsverwaltung für Inneres und Sport, Sport am Campus Lichtenberg zu ermöglichen, aber da sind wir nicht weitergekommen. Wir können keine Sporthallen und Sportplätze betreiben, das ist nicht Teil unseres Auftrags, aber wir würden es sehr unterstützen, wenn unsere Studierenden nicht mehr pendeln müssten und den Sport hier betreiben können. Das ist übrigens auch ein möglicher Vorteil für den Campus Treskowallee: Dort gibt es bereits eine Sporthalle, und man könnte überlegen, die deutlich zu ertüchtigen, damit sie auch den Anforderungen für den Polizeisport entsprechen könnte. Das würde uns sehr gefallen.

Wir haben auch eine starke Nachfrage – das sei an dieser Stelle auch erwähnt – für den Studiengang „Höherer Polizeivollzugsdienst“. Der ist sehr klein, erfreut sich aber großer Beliebtheit. Ich denke, das spricht für die Qualität des Studienangebots, dass neben dem Land Brandenburg auch das Bundeskriminalamt nachgefragt hat, um bei uns Studienplätze zu erhalten, so wie beispielsweise im Rechtspflegebereich das Auswärtige Amt bei uns Studienplätze nachfragt. Ich denke, das ist ein Reputationsausweis für das, was wir am Campus Lichtenberg anbieten.

Wir ziehen die Möglichkeit eines Campus an der Treskowallee ernsthaft in die Erwägung. Ich danke für diese Frage. Wir haben diese Begehung noch nicht gemacht, den Vorbehalt muss ich schon noch nennen, aber wir wissen aus dem Studium der Liegenschaftspläne, dass die Gebäudefläche insgesamt geringer ist als auf dem Campus in Lichtenberg. Das heißt, ein vollständiger Umzug würde bedeuten, dass wir noch Zusatzflächen bräuchten, aber das Areal im Fachvermögen Wissenschaft ist sehr groß. Es gibt sogar ältere Pläne der HTW, dort zu

expandieren. Das könnten wir dann nutzen. Dort bedarf es gewisser Renovierungs- und Anpassungsarbeiten, das will ich nicht verhehlen, aber ich denke, dass die überschaubar sind, weil es schon im Hochschulbetrieb war.

Was dort fehlt, sind Laborflächen. Wir betreiben in den Ingenieurstudiengängen eine ganze Reihe von Laboren in Lichtenberg. Das hat die HTW nicht gemacht, weil sie dort ausschließlich Wirtschaftswissenschaften hatte. Das heißt, wir müssten dort Labore ansiedeln. Dieser Campusgedanke, dieses studentische Leben, das Zusammengehörigkeitsgefühl und die Attraktivität können wir uns an Treskowallee schon sehr gut vorstellen. Die Verkehrsanbindung ist auch attraktiver – da haben Sie völlig recht, Herr Schulze. Es gibt auch ein bisschen sonstiges Leben drum herum. Es ist fußläufig nicht allzu weit zu ein paar Cafés und ein paar Geschäften. Das alles haben Sie in Alt-Friedrichsfelde nicht, das muss man sagen. Von daher sagen wir ein klares Ja, wir wollen uns das wirklich und ernsthaft anschauen und können uns das durchaus vorstellen, wenn es keine andere Verwendungsplanung gibt. Wir haben gerade gehört, wenn der Bezirk das Gelände doch nicht mehr benötigt, dann wäre die Tatsache, dass es schon im Fachvermögen Wissenschaft ist, ein großes Plus.

Es wurde danach gefragt, welche Entwicklungsmöglichkeiten wir in Schöneberg haben. Wir haben dort Entwicklungen in Richtung eines Ausbaus der Masterstudiengänge gesehen. Die HWR war in der Vergangenheit die Hochschule in Berlin mit der deutlich geringsten Masterübergangsquote. Die Übergangsquote in das Masterstudium war nur 17 Prozent. An den anderen Fachhochschulen lag sie bei 40 Prozent plus. Wir haben es durch ein paar zusätzliche Masterprogramme, die dankenswerterweise durch den Hochschulvertrag auch finanziert waren, geschafft, in den Bereich von etwas über 25 Prozent zu kommen. Wir halten das für ein attraktives Paket für unsere Absolventinnen und Absolventen. Wir bleiben aber dabei, dass der berufsqualifizierende Regelabschluss der Bachelorabschluss ist, und wir sehen, dass unsere Absolventinnen und Absolventen hervorragende Berufsperspektiven auch mit dem Bachelor haben.

Dann fahre ich mit dem kriminaltechnischen Zentrum für die Polizeiausbildung fort. Das brauchen wir relativ zügig. Ich hoffe, dass die Innenverwaltung das gemeinsam mit der Polizei möglich machen wird. Dazu brauchen wir eine Erweiterung des Kooperationsvertrags mit der Polizei und der Innenverwaltung, damit die Gelder bekommen, damit wir das ertüchtigen lassen und dann auch mieten können. So ist das Spiel bei der BIM: Sie müssen die Ertüchtigung bezahlen, um das Gebäude dann zu mieten. Das ist wenig attraktiv, das muss ich ganz ehrlich sagen – linke Tasche, rechte Tasche. Die Millionen, die wir erhalten, erhalten wir dafür, um Studium, Lehre und Forschung zu betreiben, wir geben aber regelmäßig sehr viel ab für Mieten und Bauertüchtigungen in Gebäude, die uns gar nicht gehören. Das ist nicht schön, wir würden das Geld eigentlich lieber für Studium, Lehre und Forschung einsetzen als für unsere Vermieter. Von daher wäre das ein großer Befreiungsschlag.

Ich würde gerne noch etwas zum Thema der Bauingenieurinnen und Bauingenieure sagen: Das ist eine sehr erfolgreiche Zusammenarbeit, die läuft über die Senatsverwaltung für Finanzen. Die Absolventinnen und Absolventen kommen in den Senatsverwaltungen, aber auch den Bezirken unter – das ist unsere große Hoffnung. Wir haben die Studienplatzzahlen, die Kapazitäten, für das duale Studium verdoppelt und halten das für ein gutes Modell. Wir stehen zur Verfügung, das noch weiter zu machen oder auch auf andere Bereiche zu erweitern. Es gibt eine Reihe von Studiengängen, die sich dafür eignen könnten. Einen habe ich schon

genannt: Krankenhausmanagement wäre ein mögliches Modell, aber auch die Informatik. Das ist sehr erfreulich, es gibt einen großen Run auf die Informatik – ich sagte das bereits – und die Wirtschaftsinformatik. Wir würden das im Bereich der Verwaltungsinformatik gerne auch noch weiter ausbauen. Denn das Land Berlin – das werden Sie sicher alle bestätigen können – hat einen Riesenbedarf am Ausbau der Digitalisierung. Dafür braucht es unsere Verwaltungsinformatiker mit einer klaren Perspektive für eine Laufbahn im öffentlichen Dienst. Diese Leute werden gesucht wie Goldstaub und sind am Ende des Studiums oft auch bei Arbeitgebern außerhalb des öffentlichen Diensts gefragt.

Auf die Thematik der Gründungen würde ich auch gerne noch mal eingehen. Wir arbeiten in unserem Gründungszentrum sehr eng mit der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe zusammen. Wir sind froh, dass EU-Mittel zu einem großen Anteil genutzt werden können, um Gründungsstipendien zu ermöglichen. Wir sind auch immer wieder erfolgreich beim Einwerben von Bundesmitteln – EXIST und EXIST-Stipendien – und haben einen großen Zufluss an Teams, die sich im Gründungszentrum bewerben, um dann die Co-Working-Spaces, das Coaching, die Prototypenwerkstatt und das Design-Thinking-Labor unentgeltlich für ein Jahr nutzen zu können und dann auch noch ein Stipendium zu erhalten. Von daher arbeiten wir da schon sehr eng zusammen – natürlich auch mit den Berliner Betrieben, großen, mittleren, einer ganzen Reihe von kleinen Betrieben und auch mit dem Non-Profit-Sektor. Ein nicht unerheblicher Anteil unserer Gründungen aus unserem Gründungszentrum sind Social Entrepreneurship Start-ups mit einem Bezug zur Verwaltung und NGOs.

Das HTMI und das Institut für Nachhaltigkeit sind angesprochen worden. Das sind Perlen im Portfolio unserer Institute. Wir wollen das auch weiter stärken, tun das auch, und unterstützen das auch finanziell – im Fall des HTMI mit der Finanzierung einer Geschäftsstelle. Das tun wir sonst nicht für andere Institute. Wir haben auch einen neuen Bachelorstudiengang im Bereich nachhaltiges Management entwickelt. Wir haben eine neue Professur für Nachhaltigkeits- und Ressourcenökonomie eingerichtet und mit einem international ausgewiesenen Forscher, den wir von einer Universität in Schottland abwerben konnten, besetzt. Wir haben auch eine neue Professur im Bereich nachhaltiges Supply-Chain-Management, wo wir große Bedarfe sehen. Ein Bereich, den wir schätzen und den wir weiter ausbauen.

Der letzte Punkt, den ich noch auf meiner Liste habe – ich hoffe, ich habe nicht allzu viel übersehen – ist das Thema Kitabau. Frau Plonske, Sie hatten danach gefragt. Wir haben vor vielleicht vor fünf Jahren eine Studie über den Bedarf an Kitaflächen am Campus in Lichtenberg durchgeführt. Damals gab es ein gemischtes Bild. Es war so, dass es rund um den Campus schon einige Kitas gab. Wir haben von unseren Studierenden und anderen Hochschulmitgliedern gehört, dass nicht ganz sicher sei, ob sie ihre Kinder in eine Kita geben würden, wo sie studieren, oder vielleicht doch eine Kita bevorzugen würden, wo sie wohnen, was ganz unterschiedliche Standorte sind. Jedenfalls war es damals unklar, ob das den Bedarf für eine Kita rechtfertigt. Das hat sich mittlerweile geändert. Durch steigende Studierendenzahlen, aber auch durch das Umfeld in Lichtenberg haben wir einen größeren Druck, auf dem Campus eine Kita zu bekommen. Wir würden das, so wie den Wohnheimbau, sehr unterstützen. Es gibt eine private Initiative, einen e.V., der dort eine Kita errichten will. Das finden wir gut, das haben wir gegenüber der Senatsverwaltung auch schon schriftlich unterstützt. Wir selbst betreiben keine Kitas, aber das Studierendenwerk wäre ein möglicher Anbieter einer Kita auf dem Campus. Das würde auch gut zum Wohnheimbau passen. Wohnheim und Kitabau lässt sich, wie wir in Schöneberg planerisch gezeigt haben, kombinieren.

Was wir nicht tun wollen, ist, dass wir in ein Vermietungsgeschäft eintreten wollen für alle Flächen, die wir neu bauen. In Schöneberg als auch in Lichtenberg wollen wir alte Mietflächen abmieten und die Neubauf Flächen exklusiv für uns nutzen. Das ist unser Plan. Allerdings könnte sich das in Lichtenberg mit den Planungen für die Treskowallee überlagern. Wenn es eine Perspektive gibt, die Treskowallee nachzunutzen, dann würden wir logischerweise in Lichtenberg auf dem Campus Alt-Friedrichsfelde nicht neu bauen. Das müssten wir dann doch relativ schnell zeitlich so takten, dass wir eine Planungssicherheit haben und nicht an der falschen Stelle Neubauten errichten.

Der letzte Punkt ist das Thema, wie es mit ERASMUS aussieht. ERASMUS ist ein thematisch harter Schnitt, aber ERASMUS ist für uns einer der wesentlichen Gründe, warum Studierende zu uns kommen, gerade in der BWL. Sie wissen, an keiner anderen Hochschule in Deutschland ist es so gut möglich, gefördert zu werden, um ins Ausland zu gehen, und zwar weltweit, aber besonders im ERASMUS-Programm. Das United Kingdom ist zusammen mit Spanien und dem Beneluxraum Zielregion Nummer eins. Diese drei Räume sind die Topregionen für unsere Studierenden, und es ist ein sehr harter Schnitt, wenn die Finanzierung ab 2023 nicht mehr möglich sein wird. Wir hoffen sehr darauf, dass die Bundesregierung den DAAD so ausstatten wird, dass wir ein Pendant zum britischen Turing-Programm haben, das die britische Regierung eingerichtet hat, aber nur für die Outgoing-Studierenden. Wir brauchen dringend ein Äquivalent für die deutschen Studierenden, die aus ihrer Perspektive nach UK „outgoing“, eine Förderung zu bekommen. Ich hoffe, dass sich das Land Berlin auch gegenüber der Bundesregierung einsetzt. Die Hochschulen tun das ohnehin, der DAAD tut das auch. Wir hatten gerade in der DAAD-Vorstandssitzung ein Gespräch dazu. Es ist für alle deutschen Hochschulen sehr wichtig, dass der Exchange der Studierenden und der Forschenden mit dem UK aufrechtgehalten werden kann.

Zuletzt wurde noch zum Thema professoraler Nachwuchs gefragt: Das ist ein Programm, das uns sehr erfreut. Wir haben uns in einem Wettbewerb durchsetzen können. Ich sagte es bereits, uns werden 3,5 Millionen Euro gewährt, um die Attraktivität der Fachhochschulprofessur zu stärken. Wir haben ein Problem – deswegen gibt es dieses Programm –, dass wir viel zu viele Berufungsverfahren haben, die wir mangels qualifizierter Bewerberinnen und Bewerber einstellen müssen. Das ist in manchen Fächern ausgeprägter als in anderen, aber grosso modo haben wir das Problem durch die Bank. Wir wollen die allerbesten Menschen für die Fachhochschulprofessuren gewinnen. Das gelingt nicht mehr durchgängig. Wir sind überzeugt, dass uns dieses Programm sehr stark helfen wird, auch hochqualifizierte Frauen für die FH-Professur/-Karriere zu gewinnen.

Das ist ausschließlich für Fachhochschulen vorgesehen. Die Universitäten, die das Problem angesichts der noch nie dagewesenen Masse an Doktoranden und vor allem Postdocs so nicht haben, können aus dem Vollen schöpfen. Die Fachhochschulen haben aber das Doppelqualifikationsprofil. Das heißt, alle diese Menschen, die in sehr großen Zahlen gerade durch die Exzellenzinitiative an den Universitäten Postdoc-Stellen bekommen haben, dann aber merken, dass es durch die Pyramidenstruktur aufgrund der Mathematik nicht möglich sein wird, dass alle eine Professur an einer Universität bekommen – das geht schlicht nicht –, und sich leider oft erst sehr spät in ihrem Lebenslauf – Ende 30 oder gar Anfang 40 – zum ersten Mal ernsthaft mit einer Fachhochschulprofessur befassen und dann merken, dass sie an einer Fachhochschule gar nicht berufungsfähig sind, da sie keinerlei Praxiserfahrung haben. Das ist

zu spät, und deswegen müssen wir intelligent mit den Universitäten zusammenarbeiten, damit diese vielen Doktorandinnen und Doktoranten und Postdocs auch sehen: Haltet euch die Optionen für eine Fachhochschulprofessur offen, geht auch mal in die Praxis –, das hat sowieso noch niemanden geschadet, mal in die Praxis zu gehen – und dann könnt ihr diesen Karriereweg für euch offenhalten. – Ich glaube, damit habe ich hoffentlich fast alles erreicht und bedanke mich sehr herzlich für die angeregten Fragen!

Vorsitzender Martin Trefzer: Vielen Dank, Herr Prof. Zaby, für diese detaillierten Antworten! – Bevor der Senat zu Wort kommt, hatte sich Herr Schulze noch mal gemeldet. – Bitte schön!

Tobias Schulze (LINKE): Danke schön! – Ich habe kurz eine Anmerkung und eine Frage – die Anmerkung, weil Frau Dr. Czyborra es auch angesprochen hat: Ich will noch mal daran appellieren, dass die HWR ihre große Stärke einer heterodoxen Ökonomie, die sie in ihrem Fachbereich 1 hat, weiterhin nutzt. Wir haben die Debatte auch im „Tagesspiegel“ usw. verfolgt, die FHVR vor der Fusion war sicher eine der bedeutendsten Hochschulen in Deutschland – vielleicht sogar europaweit –, was die verschiedenen Ansätze der ökonomischen Wissenschaft angeht. Diese besondere Profilstellung wird gerade in der Auseinandersetzung, die wir innerhalb des Fachbereichs haben, mit neuen Denominationen leider ein bisschen verspielt. Ich kann an alle, die an der HWR sind, nur appellieren, diese Vielfalt der heterodoxen Ökonomien – der Keynesianer, der Umweltökonomie, der feministischen Ökonomie, die es alle an der HWR gibt – zu erhalten, und den Ansätzen, die die Menschen vor Ort entwickelt haben – z. B. ein eigener Studiengang –, auch zu entsprechen. Wenn Sie sagen, die Ausgründungen haben viel mit Social Entrepreneurship und Social Innovation zu tun, dann ist das genau ein Ansatz, wo man sieht, dass es jenseits der klassischen Wirtschaftsweise auch im Innovationsbereich spannende Dinge gibt, die man unbedingt erhalten sollte. Ich hoffe, wir ziehen da an einem Strang. Das war die Bemerkung.

Die Frage ist: Sie haben gesagt, dass die Bachelor/Master-Übergangsquoten im Vergleich relativ niedrig sind, Sie den Bachelor auch als ersten berufsqualifizierenden Abschluss sehen und die Absolventinnen und Absolventen auch zum Beruf gehen. Da würde mich interessieren, wie die Ablehnungsquoten beim Masterzugang ungefähr sind. Wenn Sie sagen, die meisten kommen ganz gut mit dem Bachelor klar, dann sieht man das daran, wie viele Leute sich für den Master bewerben und nicht angenommen werden. – Danke schön!

Vorsitzender Martin Trefzer: Vielen Dank! – Herr Prof. Zaby, bitte!

Dr. Andreas Zaby (HWR Berlin): Danke schön! – Das nehme ich gerne auf, Herr Schulze. Es ist in der Tat so, dass wir ein langjähriges Profil als eine wirtschaftswissenschaftliche Hochschule haben, die auch die Sozialwissenschaften sehr stark integriert und innerhalb der Volkswirtschaftslehre – darum geht es ganz besonders – alle möglichen verschiedenen Forschungsansätze abbildet. Das können wir, weil wir so groß sind. Das können Sie an einer kleinen Fakultät nicht leisten, aber die HWR hat dieses Alleinstellungsmerkmal. Sie gehört regelmäßig zu den Top Fünf, mindestens zu den Top Ten der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten in Deutschland und ist sowieso die größte in Berlin. Da können wir diese Heterogenität auch abbilden, und das wollen wir auch weiterhin in alle verschiedenen Richtungen tun.

Die Sozialökonomik, um die es auch in der medialen Berichterstattung sehr stark ging, wird jetzt – es gibt ganz frisch einen erfreulichen Fachbereichsratsbeschluss und einen Beschluss des Akademischen Senats – gestärkt, indem wir erstmals eine zusätzliche Vertiefung im Studiengang Volkswirtschaftslehre in Sozialökonomik einführen. Das Besondere daran ist, dass es auch für die Masse, die große Anzahl der BWL-Studierenden, studierbar wird. Das ist eine Öffnung, damit sich noch mehr Studierende in diesem Fach vertiefen können und das auch als formelle Vertiefung in ihr Studium einbringen können. Das wird nicht nur – das muss ich als Präsident auf jeden Fall hier erwähnen – im Fachbereich 1 so gemacht, sondern auch der Fachbereich 3 Allgemeine Verwaltung ist mit seinen Studiengängen PuMa und MaNGo – Sie kennen die Abkürzungen – sehr stark vertreten. PuMa ist Public Management und MaNGo ist Management of Non-Governmental Organisations. Das sind sehr attraktive Studiengänge, sehr international und auch sehr stark auf den NGO-Sektor ausgerichtet.

Beim Bachelor/Master-Übergang haben Sie völlig recht. Es gibt immer eine große Zahl von Studierenden, die doch konsekutiv weitermachen wollen und den Master auf den Bachelor aufsatteln wollen. Das ist eine gute Sache, die finden wir gut, auch wenn ich vorhin vom Regelabschluss sprach. Deswegen haben wir den Anteil auch erhöht. Nun ist es so, dass sich die Bewerberinnen und Bewerber nur zum Teil aus den Absolventinnen und Absolventen der eigenen Hochschule rekrutieren, sondern man kann sagen, die kommen eigentlich weltweit, von überall her, selbstverständlich auch von Universitäten, so wie auch unsere Absolventinnen und Absolventen in Masterstudiengänge der Universitäten wechseln.

Das Thema der Ablehnungsquoten, nach dem Sie fragten, ist je Studiengang sehr unterschiedlich ausgeprägt. Eine Durchschnittsbildung ist wenig aussagekräftig, sondern man muss sich jedes Fach einzeln anschauen. Es gibt Masterstudiengänge, die einen Nachfrageüberhang von ungefähr 1,5 haben. Das heißt, da ist die Nachfrage nicht so hoch, aber sie ist so, dass die Kapazitäten auf jeden Fall ausgeschöpft werden. Es gibt auch Masterstudiengänge am anderen Ende des Spektrums, in denen wir eine 10-, 20-fache Überzeichnungen haben. Das ist sehr fachabhängig. Die größten Nachfrageüberhänge sind in den stark BWL-orientierten Studiengängen zu verzeichnen. Im Bereich der VWL oder auch im Bereich anderer Disziplinen ist es dann in der Regel etwas weniger ausgeprägt.

Vorsitzender Martin Trefzer: Vielen Dank, Herr Prof. Zaby! – Frau Pieroth hatte sich über Webex zu Wort gemeldet. – Bitte schön!

Catherina Pieroth-Manelli (GRÜNE) [zugeschaltet]: Ich wollte, bevor Herr Krach antwortet, noch mal für die gesamten Initiativen in Bezug auf Kitas, Wohnheime – Herr Zaby hat gerade Krankenhaus- und Verwaltungsinformatik als Felder genannt, die es gilt auszubauen – mein Wort einlegen, dass wir wirklich eine Perspektive für die Investitionen im Hinblick auf das Studierendenwerk, aber auch Perspektiven z.B. in der Babelsberger Straße auf dem Campus Schöneberg schaffen, dass es einen guten Übergang vom Mieten zum Umzug geben kann. Ich würde mich sehr freuen, wenn Herr Krach noch mal darauf Bezug nimmt und wir das unterstützen, was wir uns in diesem Bereich wünschen. – Danke schön!

Vorsitzender Martin Trefzer: Vielen Dank, Frau Pieroth! – Das richtete sich an den Senat, und dann erteile ich auch Herrn Krach das Wort. – Bitte schön!

Staatssekretär Steffen Krach (SKzl): Herzlichen Dank! – Zu der Frage des Abgeordneten Förster nur so viel, dass ich dem vollkommen zustimme. Das hat deutlich zu lange gedauert. Ich will aber nicht zurückblicken, sondern sagen, dass es gut ist, dass es diese Bewegung in der Finanzverwaltung gegeben hat und dass wir einen Schritt vorangekommen sind. Es ist völlig richtig, dass es grundsätzlich keinen Sinn macht, dass hohe Summen für Mietverträge usw. von den staatlichen Hochschulen an die BIM fließen. Wir haben eigentlich auch andere Vereinbarungen. Es ist richtig, dass wir da einen Schritt in die richtige Richtung gemacht haben, auch in Abstimmung mit dem Senator für Finanzen, mit dem Herr Zaby direkt Kontakt aufgenommen hat. Von daher ist das erst mal eine gute Nachricht, und Herr Zaby hat auch einiges dazu gesagt.

Zu dem Fachhochschulprogramm des Bundes: Das ist damals zeitgleich mit den übrigen Bund-Länder-Programmen verabschiedet worden. Wenn das noch nicht so bekannt ist, dann würde ich sagen, dass ich die Verwaltungsvereinbarung und die Eckpunkte dem Ausschuss zur Verfügung stelle. Ich würde sagen, dass die Berliner Fachhochschulen für dieses Programm gut vorbereitet sind, weil wir im Hochschulvertrag 2018 bis 2022 schon viele Dinge etabliert haben – z.B. die wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter usw. –, und dass das bei diesem Programm ein Vorteil ist. Das gilt im Übrigen auch für die zweite Folge der „Innovativen Hochschule“. Da war es leider so, dass in der ersten Runde der Antrag aus Berlin nicht erfolgreich war. Ich gehe aber davon aus, dass es vom BMBF eine zweite Runde geben wird. Dann sind, glaube ich, auch die Voraussetzungen gegeben, dass die Fachhochschulen in einer zweiten Runde erfolgreich sein können.

Zu der Baumaßnahme in Schöneberg: Es ist richtig, was Herr Zaby gesagt hat, dass der Teil der HWR über die Investitionsplanung bis 2025 finanziert ist. Wir haben dann miteinander vereinbart, dass es Pilotprojekte des Studierendenwerks für den Bau von Wohnheimplätzen, aber auch im Zusammenhang mit Kitaplätzen gibt. Das ist auch mein Interesse, und Herr Zaby hat auch gesagt, dass wir da nicht über verschiedene Bauabschnitte reden und erst mal den Teil der Lehrgebäude für die HWR bauen und dann in einem späteren nächsten Schritt – es wird immer teurer, wenn man es nicht zeitgleich macht – erst die Baumaßnahmen des Studierendenwerks in Angriff nimmt. Es ist aber auch so – auch das hat Herr Zaby gesagt –, dass für die Aufnahme der Kredite über die IBB ein Eigenanteil für das Studierendenwerk notwendig ist. Das sollte eigentlich über SIWA/SIWANA erfolgen; das ist aber aus bekannten Gründen schwieriger geworden, weil es diesen Topf nicht mehr gibt. Deswegen müssen wir schauen. Das sind gar keine sehr hohen Summen, aber der Eigenanteil liegt, glaube ich, beim Studierendenwerk zwischen 3 und 4 Millionen Euro. Wir müssen diese Summe über die Investitionsmittel, die wir als Land Berlin für den Hochschulbereich bereitstellen, zur Verfügung stellen, damit das beginnen kann.

Das gilt insgesamt für den Bereich der Kitas. Wir wollen an den Hochschulen Kitaplätze ermöglichen und sind mit der Jugendverwaltung im Gespräch, weil es für den Bau von Kitas völlig andere Töpfe gibt – von der Bundesebene, aber auch von der Landesebene. Wenn die Hochschulen Kitaplätze bauen, dann leisten wir auch einen Beitrag dazu, dass wir den Kitaplatzmangel irgendwie gerecht werden, bzw. dass wir ihn abbauen. Dann gibt es für mich gar keine Gründe, warum nicht auch die Hochschulen Anträge für diese Baumaßnahmen, die von der Landes- oder der Bundeseite finanziert werden, stellen können. Da sind wir im Gespräch.

Ich bin für den Standort in Schöneberg optimistisch, dass wir das hinbekommen. Das ist eines von drei Projekten, bei denen das Studierendenwerk mit der IBB zusammenarbeitet. Bei einem ersten Projekt haben wir die Co-Finanzierung schon bereitgestellt, und ich würde mich freuen, wenn wir das auch hier hinbekommen – unter erschwerten Bedingungen, aber das ist ein Projekt, das wir auf jeden Fall vorantreiben wollen. Nicht nur, aber auch deswegen, weil die HWR tatsächlich einen enorm wichtigen Beitrag dazu leistet, dass wir den Fachkräftebedarf in verschiedenen Bereichen der Verwaltung angehen – die HWR hat auch Zusatzvereinbarungen mit der Senatsverwaltung für Finanzen, mit Senatsverwaltung für Inneres und Sport usw. Deswegen ist das ein ganz wichtiger Bestandteil, um dem Fachkräftebedarf in dieser Stadt gerecht zu werden. Deswegen unterstützen wir das. – Vielen Dank!

Vorsitzender Martin Trefzer: Vielen Dank, Herr Staatssekretär! – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr. Wir kommen zum Schluss der Anhörung und der protokollarischen Frage, ob der Besprechungspunkt abgeschlossen werden kann oder bis zur Vorlage des Wortprotokolls vertagt werden soll. – Herr Förster?

Stefan Förster (FDP): Aus meiner Sicht können wir das abschließen. Wir behalten die Themen weiter im Kopf, die begleiten uns weiter, aber Herr Zaby hat alle Fragen umfassend beantwortet.

Vorsitzender Martin Trefzer: Dann erkläre ich diesen Besprechungspunkt für abgeschlossen. Ich danke Ihnen, Herr Prof. Zaby, ganz herzlich, dass Sie uns heute so ausführlich Rede und Antwort gestanden haben!

Punkt 5 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 18/3332
**Zweites Gesetz zur Änderung des Berliner
Universitätsmedizingesetzes**

[0128](#)
WissForsch(f)
GesPflegGleich

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 08.02.2021

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 6 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Aktuelle Herausforderungen für die
Lehrkräftebildung in Berlin: Qualität und Quantität
– Theorie und Praxis sowie Innovation im
Lehramtsstudium**
(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die
Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

[0119](#)
WissForsch

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 25.01.2021

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 7 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.